

EDITORIAL



Liebe(r) Leser*in,

wie nicht anders zu erwarten, steht die diesjährige, mittlerweile 15. Ausgabe der MAIZEITUNG im Zeichen der Corona-Krise und ihrer Bewältigung im Sinne der Beschäftigten und ihrer Familien.

In Reportagen beleuchten wir die Auswirkungen der Krise auf die Kolleg*innen und die Forderungen der Gewerkschaften, damit sich die Situation bessert. Adressaten sind im Superwahljahr vor allem die Politiker*innen, die entscheidende Weichen für die Zukunft stellen müssen – auch was den Übergang in eine digitale und klimaneutrale Wirtschaft und Arbeitswelt betrifft. Wir erläutern die Schwerpunkte der DGB-Forderungen an die Politik. Und wir berichten darüber, was Gewerkschaften und Betriebsräte tun, um die Transformation für die Kolleg*innen in den Betrieben zu gestalten.

Schüler*innen und Lehrkräfte haben besonders unter den Pandemiebedingungen zu leiden. Lesen Sie dazu ein Interview mit GEW-Landesgeschäftsführer Rüdiger Heitefaut. Er erläutert, wie die Politik die Situation an den Schulen entscheidend verbessern könnte. Wir berichten über die Situation der Studierenden und Auszubildenden sowie gewerkschaftliche Antworten, damit es nicht zu einer »verlorenen Generation Corona« kommt.

Über ökonomische Wege aus der Krise spricht Rudolf Hickel, Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und emeritierter Professor für Finanzwissenschaft an der Uni Bremen, im Interview mit der MAIZEITUNG. Ein Artikel erläutert die Konjunktur- und Investitions-Offensive, mit der die Gewerkschaften die niedersächsische Wirtschaft wieder in Schwung bringen und das Land sowie die Städte und Gemeinden für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Zum ersten Mal kommen in der MAIZEITUNG auch die DGB-Vorsitzenden vor Ort zu Wort. Beiträge über empörte Eltern und Beschäftigte wegen des neuen Kita-Gesetzes, aktuelle Tarifrunden, ein Interview zur Arbeit der DGB-Senior*innen und der Veranstaltungsteil zum 1. Mai in der Mitte der Zeitung runden neben weiteren Artikeln die Berichterstattung ab.

Die Welt wird nicht besser, wenn man nichts dafür tut. Der 1. Mai ist eine gute Gelegenheit zu zeigen, dass wir mit bestimmten Dingen in Arbeitswelt und Politik nicht einverstanden sind und positive Veränderung einfordern. Treten Sie aktiv für Ihre Interessen ein, das hat noch nie geschadet. Seien Sie dabei am 1. Mai! Sämtliche Veranstaltungen waren bis Redaktionsschluss als Präsenzveranstaltung geplant.

Ihr/Euer

Torsten Hannig
DGB-Regionsgeschäftsführer

»Solidarität ist Zukunft!«

Unter diesem Motto steht dieses Jahr der 1. Mai. Nicht wenige Menschen machen sich in diesen Tagen Gedanken um ihre Zukunft. Die einen, weil sie sich wegen der Coronapandemie um ihre materielle Absicherung sorgen, andere, weil sie in den vergangenen Monaten zu oft gespürt haben, was es heißt, alleine zu sein. Doch ebenso konnten viele Menschen erleben, was solidarisches Handeln in der größten gesellschaftlichen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg ausmacht. Nur mit solidarischem Handeln können wir gemeinsam einen Weg aus dieser Situation finden.

Konkrete positive Ansätze

und Beispiele haben alle von uns in den vergangenen Monaten erlebt. Unermüdet haben sich die Gewerkschaften und die Interessenvertretungen in den Betrieben, Verwaltungen und in politischen Zusammenhängen für die Aufstockung des Kurzarbeitergelds und eine konsequente Umsetzung von Arbeits- und Gesundheitsschutz-Maßnahmen eingesetzt. Dabei mussten viele Kolleg*innen erleben, dass die betrieblichen und sozialen Sicherungssysteme bei weitem nicht so stabil, tragfähig und krisenfest sind, wie sie eigentlich sein müssten.

Während der Corona-Pandemie sind gravierende Missstände und manifeste Probleme offen zu Tage getreten, die wir als Gewerkschaften seit vielen Jahren angeprangert haben. Ungerechtigkeiten, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und Praktiken, wie sie in der Fleischindustrie und Landwirtschaft für ausländische Arbeitnehmer*innen galten, gehören abgeschafft und gesetzlich neu geregelt. Deswegen ist es das Gebot der Stunde, gerade auch den Blick auf die prekär Beschäftigten zu lenken, damit diese Gruppe nicht zur dauerhaften Verliererin der Krise wird. Solidarität ist auch hier der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Für die Zukunft

wird es entscheidend sein, ob die solidarische politische Energie ausreicht, um beim Pflegepersonal im Gesundheitswesen, in den sozialen Berufen oder in der Bildungspolitik historische Schritte zu gehen – damit die Beschäftigten dort endlich die Aufwertung erfahren, die sie verdienen.

Im Superwahljahr

werden sich die Gewerkschaften zu den anstehenden Landtagswahlen, Kommunalwahlen und zur Bundestagswahl im September laut zu Wort melden. Wer meint, es gäbe ein Zurück zu Vorpandemiezeiten nach dem Motto »der Markt wird's schon wieder richten«, der verkennet, dass die Politik gerade in diesem Jahr wichtige gesellschaftliche Weichen für die Zukunft stellen muss. Gewerkschaften erwarten auch hier Konzepte und Antworten, die den Blick auf jede Einzelne und jeden Einzelnen in der Gesellschaft richten. Egal ob junge Menschen in Schule und Ausbildung, Arbeitnehmer*innen, Erwerbslose oder Alte und Kranke, egal welcher Herkunft: Eine Gesellschaft, die den Anspruch hat, eine solidarische Gesellschaft zu sein, darf niemanden zurücklassen. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Übereinkunft für eine neue sozialstaatliche Arbeitsmarktpolitik.

Die aktiven Kolleg*innen, die unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert sind, sind bereit, mit kreativen Antworten zur Überwindung der Krise beizutragen. Dafür müssen aber die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Gewerkschaften dringend ausgebaut werden. Die Krise hat gezeigt, dass Tarifbindung von Unternehmen und betriebliche Mitbestimmung die Eckpfeiler und Garanten für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft sind. Hier ist noch viel Luft nach oben und ein hoher Bedarf, gesetzlich umzusetzen.

»Solidarität ist die wichtigste Währung in der Krise«

DGB-Bundesvorstandmitglied Anja Piel spricht am 1. Mai in Hannover

Vom Verlauf der Coronapandemie hängt es ab, ob Anja Piel ihre Mairede auf dem Platz an der Goseriede in Hannover oder digital im Internet halten wird. Geplant war bis Redaktionsschluss eine Präsenzveranstaltung.

Anja Piel wird über Solidarität sprechen, für sie die »wichtigste Währung in der Krise«. Die treffe Menschen mit geringem Einkommen viel härter, betont die 55-Jährige und fordert etwa für Beschäftigte, die ihren Job verlieren, eine Perspektive durch passende Weiterbildungsangebote. Darüber hinaus müsse die Rente über das Jahr 2025 hinaus stabilisiert werden, und die Kosten der Krise müssten gerecht verteilt werden. Die Renditeorientierung bei Gesundheit und Pflege ist für sie eine Fehlentwicklung, die rückgängig gemacht werden müsse, benennt Piel einen weiteren Punkt ihrer Mairede. »Den Gewerkschaften kommt bei all diesen Fragen eine große Aufgabe zu, weil das politisch nicht alleine zu stemmen ist«, unterstreicht sie. Ob aufgestocktes Kurzarbeitergeld oder Homeoffice, der Umgang mit der Coronakrise sei auch deshalb besser geworden, weil »sich Gewerkschaften lautstark zu Wort gemeldet haben«.

Der gebürtigen Lübeckerin ist soziales und gewerkschaftliches Engagement quasi in die Wiege gelegt worden. Ihr Vater war Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschafter. Mit dem Abitur in der Tasche begann sie 1985 eine Ausbildung zur Industriekauffrau in Bad Schwartau und trat noch im selben Jahr in die IG Chemie Papier Keramik ein. Nach der Ausbildung baute Anja Piel ein Mütterzentrum in Hameln auf und arbeitete als freie Journalistin für Lokalzeitungen im Weserbergland. Sie engagierte sich für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für eine verlässliche Infrastruktur bei Kinderbetreuung, Schule und familienfreundlichen Arbeitsplätzen.

Als Mitglied der Grünen wurde sie 1998 Geschäftsführerin der Ratsfraktion in Hameln und zwei Jahre später Landesvorsitzende in Niedersachsen. 2013 wurde sie in den Landtag gewählt, übernahm dort den Vorsitz der Grünenfraktion und wechselte zu ver.di. Als Politikerin hat sie immer eng mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet und gewerkschaftliche Forderungen in die Parlamente getragen. Vieles davon wurde umgesetzt, wenn auch nicht immer eins zu eins. Beispiele



Dafür gehen wir am 1. Mai an vielen Orten unter Einhaltung der Hygieneauflagen auf die Plätze. Wir werden unsere Forderungen und Botschaften in politischen Kundgebungen deutlich und klar äußern. Gewerkschafter*innen werden an diesem Tag ein Netz der Solidarität spannen. Damit treten wir auch all denjenigen machtvoll entgegen, die durch populistische Verschwörungsmymen und rechtsextremistische Taten versuchen, die Gesellschaft zu spalten.

Heraus zum 1. Mai – Solidarität ist Zukunft! ▀

Das Programm zum 1. Mai in Hannover und der Region steht auf Seite 7.
Weitere Infos unter:
www.niedersachsenmitte.dgb.de



ANJA PIEL zeichnet im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB unter anderem für die Bereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik-Recht sowie Migrations- und Antirassismuspolitik verantwortlich.

Foto: Simone M. Neumann/DGB

»Die Corona-Krise kommt bisher in keinem Ökonomie-Lehrbuch vor«

Ökonom Rudolf Hickel über Wege aus der Krise

MAIZEITUNG: Die Wirtschaftsleistung ist nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Corona-Jahr hierzulande um knapp 5 Prozent eingebrochen. Wie wird es dieses Jahr weitergehen?

Rudolf Hickel: Sicherlich ist nach dem Absturz mit einer Aufwärtsbewegung zu rechnen. Ob ein massiver Aufschwung folgt, hängt vom Ausmaß der Rückkehr zum ökonomischen Normalbetrieb per Ausstieg aus den Shutdown-Maßnahmen ab. Je härter Corona erfolgreich bekämpft wird, umso schneller kann man auch wieder die Wirtschaftskraft reaktivieren. Jeder von uns kann Wirtschaftspolitik durch Disziplin gegen die Verbreitung der Infektion und damit für die Normalisierung machen.

Gegner*innen der Corona-Maßnahmen machen die Politik für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich. Die Politik ist im Widerspruch zu skrupellosen Corona-Leugnern nicht die Ursache der Misere. Dagegen steht folgende Wirkungskette: Die Pandemie erzwingt die Shutdown-Maßnahmen, damit die Pandemie durch die Krankenhäuser beherrschbar bleibt und vor allem Schwerkranken vor dem Tod gerettet werden können. Am Ende der Kette steht der Staat, der auf breiter Front der Wirtschaft, den Familien und den finanziell Schwachen mit Überbrückungsgeldern helfen muss.

Der Staat stützt in einem nie dagewesenen Ausmaß Wirtschaft und Gesellschaft. Tut er genug?

Die Stärkung des Gesundheitssystems, der Kampf gegen die Verbreitung der Infektion sowie Gelder zur Überbrückung der Wirtschaft, für den sozialen Ausgleich und den ökologischen Umbau werden im Kern sinnvoll eingesetzt. Fehler gehören aber auch dazu. Die hochgradig ökonomisch unsicheren Soloselbständigen sind viel zu spät berücksichtigt worden. Bei der Rettung von Konzernen wie TUI und Lufthansa müsste die Politik mehr auf

die Unternehmenspolitik Einfluss nehmen. Die Politik befindet sich in einem schwierigen Lernprozess; denn die Corona-Krise kommt bisher in keinem Ökonomie-Lehrbuch vor.

Geringverdiener*innen sind infolge der Krise besonders stark von Einkommensverlusten betroffen. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung, ein Mindestkurzarbeitergeld einzuführen.

Großes Lob verdient das Kurzarbeitergeld, das zwischendurch auch noch erhöht worden ist. Die Kurzarbeit belegt aber auch, dass zu wenig auf die sozial spalterische Wirkung der Pandemie Rücksicht genommen wurde. Kurzarbeit im Bereich niedriger Löhne hat die Erwerbsarmut angetrieben. Deshalb fordern die Gewerkschaften zurecht von der Politik ein Mindestkurzarbeitergeld und einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Die Grundsicherung muss infolge der Corona-Belastungen steigen. Schließlich sind die verantwortlichen Personen von inhabergeführten Kleinunternehmen durch einen Mindestunternehmerlohn abzusichern.

Welche Folgen hat die Corona-Pandemie für die künftige Arbeitswelt?

Die Corona-Pandemie hat sich zuvor schon abzeichnende Fehlentwicklungen auf den Arbeitsmärkten verschärft. Sicher ist der vorangetriebene Ausbau der Homeoffice-Arbeitsplätze auch für die Nach-Corona-Zeit sinnvoll. Gegen die neuen Abhängigkeiten muss aber, wie es Hans-Jürgen Urban von der IG Metall begründet hat, ein tarifrechtlicher Schutz her. Die veränderten Arbeitsverhältnisse werden nur dann ein Erfolg, wenn sie durch Tarifverträge abgesichert werden.

Was sollte die Bundesregierung tun, damit die Wirtschaft wieder ans Laufen kommt?

Jetzt kommt es erst mal darauf an, die bisherigen Maßnahmen auf die Ziele Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu schärfen. Es sollte ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Maßnahmen zur ökologischen Transformation von



RUDOLF HICKEL (79) war bis zu seiner Emeritierung Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen. 1993 war er Schlichter im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen für alle ostdeutschen Länder. Hickel ist noch heute am Institut Arbeit und Wirtschaft tätig, dem er bis 2009 als Direktor vorstand. Er war 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jeweils zum 1. Mai ein Gegengutachten zum jährlichen Gutachten der »fünf Wirtschaftsweisen« herausgibt und ist bis heute dort aktiv.

Foto: privat

Wirtschaft und Gesellschaft aufgelegt werden. Dem Ziel klimaschonende Mobilität dient beispielsweise die massive Einschränkung der Binnenflüge durch einen stärkeren Ausbau des Bahnverkehrs. Einen Beitrag zur Einsparung von Dienstreisen kann auch die Videokommunikation leisten.

Es mehreren sich Stimmen, die keine Schulden machen wollen und eine Rückkehr zur »Schwarzen Null« fordern.

Die Corona-Krise hat viele Forderungen aus den Reihen der Gewerkschaften bestätigt. Dazu gehört ein öffentlich garantiertes Gesundheitssystem gegen den allgemeinen Privatisierungstrend. Generell wird deutlich, dass ein finanzstarker handlungsfähiger Staat zu sichern ist. In dieser Phase können die Krisenkosten nur durch öffentliche Kreditaufnahme finanziert werden, weil die Politik nur dann gesamtwirtschaftlich schädliche Kürzungen bei den Staatsausgaben und Steuererhöhungen

vermeiden kann. Zumindest hat die Politik unter dem Corona-Druck die Schuldenbremse wegen der nach Artikel 115 des Grundgesetzes »außergewöhnlichen Notsituation« ausgesetzt. Derzeit wäre eine schnelle Rückkehr zur Schuldenbremse ökonomisch dumm. Sie hat sich vor allem in den Ländern als Investitionsbremse entpuppt. Die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen muss durch eine Verfassungsänderung wieder möglich werden.

Irgendwann werden die Gläubiger*innen die Hand aufhalten. Die Gefahr ist groß, dass die »kleinen Leute« die Corona-Schulden mit staatlichen Kürzungsprogrammen bezahlen müssen.

Damit das nicht passiert, ist eine einmalige, auf mehrere Jahre verteilte Vermögensabgabe sinnvoll. Sie zielt auf das obere reichste Prozent der Bevölkerung, das mehr als 35 Prozent des gesamten Nettovermögens besitzt.

Die Preise für Wertpapiere und Immobilien sind trotz des Konjunkturunbruchs weiter gestiegen. Bilden sich Blasen, die zu platzen drohen?

Überschüssige Liquidität drängt oftmals mit dem Ziel der Spekulation auf die Finanzmärkte. Der Chef der Allianz hat im jüngsten Geschäftsbericht auf die neue Finanzblase, die jederzeit platzen kann, hingewiesen. Zudem können die Geschäftsbanken marode Kredite infolge der Corona-Krise nur durch staatliche Unterstützung bewältigen. Wenn es kracht, wäre die Katastrophe schlimmer als in Folge der Finanzmarktkrise 2008/2009. Dagegen lehrt die Corona-Krise: Es braucht eine noch stärkere Regulierung der Banken gegen Krisenanfälligkeit und über Kredite finanzierte öffentliche Investitionen. Die Realwirtschaft durch Binnennachfrage zu stärken, ist die richtige Antwort auch auf die Corona-Krise. Zugleich müssen der ökologische Umbau gegen die Klimakatastrophe gefördert, Gute Arbeit durch Tarifverträge gestärkt und Armut auf allen Ebenen bekämpft werden. ▀

Eltern und Beschäftigte empört über neues Kita-Gesetz

Beschäftigte in Kitas, Eltern, Kinder und die Fachwelt warten seit vielen Jahren auf eine Novellierung des niedersächsischen Kita-Gesetzes. Mittlerweile liegt ein Entwurf auf dem Tisch, der bei Wohlfahrtsverbänden, Elterninitiativen und ver.di nur Kopfschütteln auslöst. »Der Gesetzesentwurf enthält keine der schon lange notwendigen Verbesserungen, um Kinder besser zu begleiten und den Beschäftigten gesunde Arbeitsbe-

dingungen zu ermöglichen«, kritisiert Katja Winglewski, Gewerkschaftssekretärin beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen. »Wenn dieses Gesetz so in Kraft tritt, bleiben die unzureichenden Bedingungen in den Kitas für viele weitere Jahre bittere Realität.«

Mit Recht steigen die Anforderungen an eine hochwertige frühkindliche Bildung. Zugleich nehmen die gesellschaftlichen Probleme und damit auch die Herausforderungen in den Kitas zu. Zentrale Voraussetzung für die Erfüllung dieser Ansprüche sind fachgerechte Fachkraft-Kind-Schlüssel. Deren Einführung auch für den Kindergartenbereich haben sowohl diese Landesregierung als auch ihre Vorgängerin versprochen. Derzeit kümmern sich zwei pädagogische Fachkräfte um 25 Kinder. Das ist nicht kindgerecht und eine hohe Belastung für die Erzieher*innen.

Die Verfügungszeiten – etwa für Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit, Teambesprechungen oder Dokumentationen – machen laut Bertelsmann-Stiftung bis zu einem Viertel der Arbeitszeiten von Erzieher*innen aus. Hinzu kommen planbare Abwesenheitszeiten wegen Urlaub, Krankheit und Fortbildungen.



Foto: shutterstock

Der Fachkraft-Kind-Schlüssel muss all dies berücksichtigen. Stattdessen will die Landesregierung die Qualitätsstandards senken.

Um den wachsenden Fachkräftebedarf zu decken, muss die Erzieherausbildung auf qualitativ hohem Niveau ausgeweitet werden. Mit den Auszubildenden Aufgaben besprechen und gemeinsam reflektieren, braucht Zeit, die im neuen Kita-Gesetz nicht vorgesehen ist. Die Erzieher*innen zwacken dafür zwar ein paar Stunden ab, aber diese

fehlen dann mit den Kindern. Assistentenkräfte müssen Anspruch auf eine Weiterqualifizierung zur pädagogischen Fachkraft haben. Externe Fachberatung ist ein Schlüssel für eine einheitlich hohe Qualität frühkindlicher Bildung. »Das alles ist nicht verbindlich und ausreichend im Gesetzesentwurf geregelt«, bemängelt Katja Winglewski. Sie vermisst überdies einen Rechtsanspruch auf einen integrativen Kita-Platz für Kinder mit Behinderungen. ▀



»Der Gesetzesentwurf enthält keine der notwendigen Verbesserungen für Kindertagesstätten, um Kinder besser zu begleiten und den Beschäftigten gesunde Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.«

KATJA WINGLEWSKI ist Gewerkschaftssekretärin beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen | Foto: ver.di

dingungen zu ermöglichen«, kritisiert Katja Winglewski, Gewerkschaftssekretärin beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen. Da die Vorgabe der Landesregierung »Kostenneutralität« war, sucht man vergeblich nach Verbesserungen bei Inklusion, Personalschlüssel, mehr Zeit für die Kin-

IG Metall: Mehr Entgelt und Zukunftspaket für sichere Arbeitsplätze

In der Tarifrunde der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie hat sich bis Redaktionsschluss keine Einigung abgezeichnet. Die Mobilisierung in den Betrieben sei ausgesprochen hoch, berichtet Sascha Dudzik, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Hannover. »Die Kolleg*innen sind sauer, weil die Arbeitgeber die Corona-Krise ausnutzen wollen, um an das Entgelt zu gehen.« NiedersachsenMetall will die kommende Entgelt-erhöhung variabel gestalten, frei nach dem Motto: Geht es dem Unternehmen gut, gibt es Geld, wenn nicht, gucken die Kolleg*innen durch die Röhre. Das habe zu einer großen Unruhe in den Belegschaften geführt, sagt

lich angeschlagenen Betrieben sichern. Um die Binnenkaufkraft anzuregen, fordert die Gewerkschaft eine Einkommenserhöhung von vier Prozent: Die soll je nach betrieblicher Lage auch zur Finanzierung eines möglichen Teilentgeltausgleichs dienen, falls eine Arbeitszeitverkürzung etwa in Gestalt einer Vier-Tage-Woche vereinbart wird. Diese will die IG Metall als betriebliche Option im Tarifvertrag festschreiben. Betriebliche Zukunfts- und Standort-Vereinbarungen mit konkreten Zusagen zur Bewältigung der Transformation sollen zum Tragen kommen, wenn etwa die Digitalisierung sowie in der Automobil- und Zulieferbranche der Übergang vom Verbrennungs- zum Elektromotor viele Jobs gefährdet. Hier drängen die Gewerkschafter*innen auf konkrete Zusagen zu Weiterbeschäftigung und Mindestbeschäftigtenzahl, Qualifizierung, Investition und Produktion.

Laut Flächentarifvertrag für Niedersachsen müssen die Arbeitgeber pro Jahr 1.000 Ausbildungsplätze anbieten. Das war schon vor Corona nicht der Fall. Nun sind die Ausbildungszahlen regelrecht eingebrochen. Die IG Metall fordert die Arbeitgeber auf, ihren Ausbildungsverpflichtungen gerade jetzt in vollem Umfang nachzukommen, damit die Corona-Situation nicht noch weiter zu Lasten der jungen Leute geht. Die Gewerkschaft will auch alle dual Studierenden tarifvertraglich abgesichert sehen. Bisher fallen oft jene durchs Raster, die an der Uni studieren und »Einsätze« im Betrieb haben und so nach offizieller Lesart keine Berufsausbildung durchlaufen.

»Die Kolleg*innen sind sauer, weil die Arbeitgeber die Corona-Krise ausnutzen wollen, um an das Entgelt zu gehen.«

SASCHA DUDZIK ist Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Hannover. | Foto: Heiko Stumpe

Dudzik. In anderen Tarifgebieten wollen die Arbeitgeberverbände Sonderzahlungen wie das Weihnachtsgeld vom Betriebsergebnis abhängig machen.

Vier Prozent Entgelterhöhung gefordert

Das Forderungspaket der IG Metall enthält mehrere Kernpunkte. So soll eine kollektive Arbeitszeitverkürzung mit Teilentgeltausgleich Arbeitsplätze vor allem in wirtschaft-



Warnstreik beim Gleitlagerspezialisten Renk in Hannover.

Foto: Heiko Stumpe

Volkswagen

Nach mehr als zweieinhalb Jahren ohne Entgelterhöhung fordert die IG Metall auch bei Volkswagen vier Prozent mehr Einkommen. Aufgrund der außergewöhnlichen Pandemiesituation hatte die Gewerkschaft vergangenes Jahr auf eine Tarifforderung verzichtet. »Die Beschäftigten mussten aber die Transformation schultern und alle Folgen der Coronapandemie tragen«, betont IG Metall-Betriebsratsvorsitzende Bertina Murkovic, Betriebsratsvorsitzende bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken.

Neben der Klärung der Entgeltfrage fordert die IG Metall, die Ausbildungsverpflichtung für 1.400 Plätze pro Jahr für die nächsten zehn Jahre zu verlängern. Zu den Kernforderungen gehört auch die Ausweitung der Option, den tariflichen Zusatzbonus in tarifliche Freistellungstage für IG Metall-Mitglieder zu wandeln. Es handelt sich um bisher sechs freie Tage im Jahr für besonders belastete Beschäftigtengruppen in Schichtarbeit sowie für Pflege- und Kindererziehungszeiten. Alle anderen Beschäftigten bekommen das Geld ausbezahlt. »Wir wollen für die IG Metall-Mitglieder etwas Besonderes herausholen, damit die anderen Kolleg*innen sehen, es lohnt sich in der Gewerkschaft zu sein«, betont Bertina Murkovic. ▀

»Wir bauen auch in Pandemiezeiten Druck auf«

VWN-Betriebsratsvorsitzende Bertina Murkovic zur Tarifrunde bei Volkswagen



MAIZEITUNG: Wie bewertest Du als Mitglied der Verhandlungskommission das Verhalten der Volkswagenvertreter*innen, bis Redaktionsschluss kein Angebot vorgelegt zu haben?

Bertina Murkovic: Ich werte das als Geringschätzung der ausgezeichneten Arbeit der Kolleginnen und Kollegen unter Pandemiebedingungen. Die Beschäftigten haben dafür gesorgt, dass Volkswagen im vergangenen Jahr ein relativ gutes Ergebnis eingefahren hat. Diese Tarifrunde wird vermutlich länger dauern als wir es bisher gewohnt gewesen sind.

Der Arbeitgeber beklagt die schwierigen Rahmenbedingungen wie die weltweite Pandemie und fehlende Zulieferteile. Auch müssten die Kostenstrukturen besser werden, um verglichen mit anderen Herstellern wettbewerbsfähig zu bleiben.

Solche Aussagen passen nicht zum relativ guten Konzernergebnis. Es ist immer dasselbe Klageglied, die Kostenstrukturen seien zu hoch.

Der Erfolg eines Unternehmens hängt zum größten Teil von der Leistungsfähigkeit der Belegschaft ab. Deswegen haben die Beschäftigten Anspruch auf einen Teil dessen, was dann als Ergebnis herauskommt. Seit mehr als zweieinhalb Jahren gab es keine Entgelterhöhung für die Kolleginnen und Kollegen.

Wie ist Eure weitere Strategie in der Tarifrunde?

Wir bauen mit einem so tollen gewerkschaftlichen Organisationsgrad bei Volkswagen auch in Pandemiezeiten Druck auf. Der Arbeitgeber glaubt, das funktioniert alles nicht mit Hygiene- und Abstandsregeln, aber wir sind sehr kreativ und kampfbereit.

Du bist im Volkswagenkonzern die erste Frau an der Spitze eines Betriebsrats. Wie ist das bisher gewesen als Vorkämpferin?

Ich bin seit meinem 15. Lebensjahr gewerkschaftlich aktiv und immer auch zur Frage: Wie kriegen wir mehr Frauen gerade in sehr männerdominierten Industriezweigen platziert, dass sie sichtbar werden, sich gut

positionieren und durchsetzen können? Ich habe in meinem Umfeld immer darauf geachtet, dass Frauen neben mir »groß« werden konnten und mich in Workshops und Seminaren immer wieder zum Thema Gleichstellung positioniert. Als Betriebsratsvorsitzende habe ich Vertrauensfrauen ermuntert, für den Betriebsrat zu kandidieren.

Wie hoch ist der Frauenanteil im Betriebsrat von Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken?

Wir konnten den Frauenanteil auf mehr als 20 Prozent steigern.

Was hält Du von der Frauenquote?

Lange Zeit war ich der Meinung, Frauen setzen sich ohne Quote durch. Da habe ich mich eines Besseren belehren lassen müssen. Wenn man Unternehmen nicht verpflichtet, gesetzliche Frauenanteile durchzusetzen, dann tut sich einfach nichts. Quoten sind nicht nur in Aufsichtsratsgremien oder in den Vorstandsetagen wichtig, sondern auf allen Ebenen des Unternehmens: von der Berufsausbildung bis zu externen Einstellungen. ▀

BERTINA MURKOVIC ist als Betriebsratsvorsitzende bei Volkswagen Nutzfahrzeuge (VWN) in Hannover-Stöcken die erste Frau an der Spitze eines Betriebsrats im VW-Konzern.

Foto: Sabine Sellnau

Bauhauptgewerbe: IG BAU fordert »deutlichen Schluck aus der Flasche«

Die IG BAU fordert für die Tarifrunde im Bauhauptgewerbe mit seinen bundesweit rund 880.000 Beschäftigten einen »deutlichen Schluck aus der Flasche«. Das berichtet Kai Schwabe, stellvertretender Regionalleiter der IG BAU, auf Anfrage. Steigen soll neben dem Entgelt auch die Entschädigung der Wegezeiten zur Baustelle. Diese haben die Kolleg*innen in der vergangenen Tarifrunde zum ersten Mal

erkämpft. Die Gewerkschaft begründet ihre Forderungen mit der nach wie vor glänzenden Baukonjunktur. Der Bau von Sozialwohnungen brummt, und die Baufirmen suchen händeringend Fachkräfte. Da in den nächsten zehn Jahren viele Kolleg*innen aus den geburtenstarken Jahrgängen in den Ruhestand gehen, wird sich der Fachkräftemangel in der Branche weiter zuspitzen, sofern nicht gegengesteuert

wird. Die erste Verhandlungsrunde mit den Arbeitgeber*innen ist für den 11. Mai angesetzt. »Wir werden ab Juni bundesweit für unsere Forderungen auf die Straße gehen«, kündigt Kai Schwabe an. »Die Kolleg*innen sind bereit, auch in unserer Region Aktionen dafür durchzuführen.«

Die Wegezeitentschädigung konnte die Gewerkschaft nach langem Streit mit den

Arbeitgeber*innen nach einem Schlichterspruch im vergangenen Jahr zum ersten Mal in einem Lohntarifvertrag festschreiben. Bis dahin waren die Bauarbeiter*innen für Hin- und Rückfahrt zu den Baustellen im Schnitt zwei Stunden pro Tag unbezahlt unterwegs. Laut Schlichterspruch muss die Höhe der Wegezeitentschädigung in diesem Jahr weiterverhandelt werden. ▀

Mit Konjunktur- und Investitions-Offensive aus der Krise

Gewerkschaften legen Drei-Säulen-Konzept auf den Tisch

Die Coronakrise hat Niedersachsen fest im Griff und die hiesige Wirtschaft bis ins Mark getroffen. Das hat auch Folgen für die öffentlichen Dienstleistungen von Bund, Land sowie Städten und Gemeinden, weil die Steuereinnahmen dramatisch eingebrochen sind. Die Verunsicherung ist bei Beschäftigten und Betrieben gleichermaßen groß, viele Unternehmen berichten von Liquiditätseingängen.

Der Wiederaufbau wird viel Kraft und Zeit kosten. Umso wichtiger ist es, jetzt wirksam gegenzusteuern. Das wollen der DGB-Bezirk und seine Mitgliedsgewerkschaften mit dem Drei-Säulen-Konzept für eine Konjunktur- und Investitions-offensive in Niedersachsen erreichen. »Es handelt sich um eine langfristige Strategie, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, Beschäftigung und öffentliche Dienstleistungen zu sichern und Niedersachsen für die Zukunft gut aufzustellen«, sagt DGB-Bezirksvorsitzender Mehrdad Payandeh.

Gesellschaft und ...

Die erste Säule umfasst die unmittelbaren Antworten auf die Krise. Gefordert werden Investitionen und Konzepte für besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz, damit die Kolleg*innen möglichst ungefährdet zur Arbeit gehen können. Die Gewerkschaften wollen Gute Arbeit etwa durch die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, wie den Missbrauch von Leih- und Werkverträgen, gesichert sehen. Nur tariftreue Unternehmen sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zum Zuge kommen. Ein Schutzschirm für die Städte und Gemeinden sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und des öffentlichen Dienstes sollen den Staat handlungsfähig halten.

... Wirtschaft krisenfester aufstellen

Gerade die Coronakrise zeigt, wie brüchig Wertschöpfungsketten mitunter sind. Bei manchen elementaren Gütern bestehen fatale Abhängigkeiten von Lieferungen aus einzelnen Ländern oder von einzelnen Unternehmen. Um die Wirtschaft krisenfester aufzustellen, fordern die Gewerkschaften deshalb eine Strategie, die Wertschöpfungsketten und zuverlässige Lieferbeziehungen erhält und mit der Sicherung Guter Arbeit verbindet. Dabei muss es auch ein Ziel sein, zentrale Güter wieder verstärkt in Deutschland herzustellen. Um Unternehmen auch nach der Coronakrise zu unterstützen, sollte sich das Land Niedersachsen an strategisch wichtigen Unternehmen beteiligen, wenn diese staatliche Zuschüsse erhalten. So könnte das Land vor allem kleine und mittelständische Unternehmen mit Kapital versorgen, die womöglich nicht von Hilfgeldern des Bundes profitieren.

Binnennachfrage ankurbeln

»Da wir eine weltweite Krise haben, wird uns dieses Mal der Export nicht retten«, betont Johannes Grabbe, Abteilungsleiter für Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik beim DGB-Bezirk. »Wir brauchen eine verstärkte Binnennachfrage, um unsere Konjunktur zu stützen.« Hier setzt mit der zweiten Säule die Konjunkturoffensive an, mit der vor allem die Einkommen der Privathaushalte gestärkt werden sollen (siehe Kasten).

Ob marode Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, unattraktiver Nahverkehr oder viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum in den Ballungsräumen: Die öffentliche Infrastruktur in Niedersachsen muss grundsaniiert, ausgebaut und klimafreundlich modernisiert werden. »Bei öffentlichen Investitionen ist Niedersachsen gemessen an seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bundesweit nahezu Schlusslicht«, muss Mehrdad Payandeh feststellen. Gleichzeitig steht die niedersächsische Wirtschaft in punkto Klimaneu-



Foto: Michael Fleischmann



»Das Drei-Säulen-Konzept ist eine langfristige Strategie, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, Beschäftigung und öffentliche Dienstleistungen zu sichern und Niedersachsen für die Zukunft gut aufzustellen.«

MEHRDAD PAYANDEH

ist Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt.

Foto: DGB/Iris Klöpfer

tralität, Digitalisierung und Globalisierung vor den großen Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation.

In die Zukunft investieren ...

Damit die Wirtschaft schnell wieder anspringt, dringen die Gewerkschaften mit der dritten Säule auf massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Man müsse jetzt beginnen und dann fortlaufend weiter investieren, unabhängig von Konjunkturschwankungen und der Kassenlage des Landes, sagt Johannes Grabbe. Dem steht die Schuldenbremse entgegen, wonach das Land Niedersachsen keine Kredite aufnehmen darf und der Haushalt immer ausgeglichen sein muss. Wegen der Krise darf das Land zwar derzeit Schulden machen, aber in zwei Jahren werden die Schuldenbremse und die »Schwarze Null« im Landeshaushalt wieder greifen. Unausweichliche Kürzungsprogramme würden die Erholung der Wirtschaft abwürgen, an Zukunfts-

investitionen wäre nicht mehr zu denken. »Schuldenbremse und »Schwarze Null« sind ökonomischer Unsinn und müssen weg, sie dürfen keine Investitionsbremse sein«, fordert Mehrdad Payandeh.

... mit dem Niedersachsenfonds

Damit das Land dennoch investieren und die niedrigen Zinsen nutzen kann, haben sich die Gewerkschaften etwas einfallen lassen. Um öffentliche Investitionen zu bezahlen und langfristig abzusichern, schlagen sie mit dem Niedersachsenfonds (NFonds) einen landeseigenen Investitionsfonds vor. Er erhält sein Eigenkapital vom Land und kann am Kapitalmarkt Kredite zu Niedrigzinsen aufnehmen. Gründet das Land dann eine eigene Wohnbaugesellschaft, wie von den Gewerkschaften

gefordert, wird diese vom NFonds mit Kapital ausgestattet und kann sodann bezahlbare Mietwohnungen bauen und kaufen. Mit den Mieteinnahmen tilgt die Wohnbaugesellschaft den Kredit, den sie beim Niedersachsenfonds hat. Dieser tilgt mit den Rückflüssen an Geldern seinen Kredit am Kapitalmarkt. Damit ist alles schuldenbremsenkonform.

So ähnlich wie bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum funktioniert das auch bei anderen dringend benötigten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Beispiel Hochschulen: Wegen Sanierungsbedarf und nötiger Erweiterungen sind insgesamt 4,3 Milliarden Euro notwendig, um die niedersächsischen Universitäten zukunftsfähig zu machen. Die Gewerkschaften schlagen dafür die Gründung einer landeseigenen Hochschulentwicklungsgesellschaft vor. Diese würde etwa ein Hörsaalgebäude für eine Uni bauen, die dafür eine Miete an die Hochschulentwicklungsgesellschaft zahlt. So müsste die Uni benötigte Investitionen nicht alleine stemmen.

Genauso könnten auch die Städte und Gemeinden profitieren, wenn sie etwa Schulen bauen wollen. Den Bau der Schule könnte wieder eine landeseigene Gesellschaft gemeinsam mit dem Niedersachsenfonds übernehmen. Die Kommune mietet die fertige Schule von der Landesgesellschaft und zahlt ein jährliches Nutzungsentgelt statt hoher Baukosten. Man spricht dabei auch von einer Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaft. Diese Art der Finanzierung von Bauvorhaben stößt aber an ihre Grenzen, wenn Städte und Gemeinden auch Konzessions- oder Mietzahlungen nicht mehr finanzieren können. In diesem Fall helfe nur eine Entschuldung der betreffenden Kommune, betont Johannes Grabbe. ▀

FORDERUNGEN ZUR STÄRKUNG DER PRIVATHAUSHALTE:

- Härtefall-Fonds für in Not geratene Beschäftigte und Arbeitslose.
- Kurzarbeitergeld aufstocken.
- Systemrelevante Berufe aufwerten, vor allem in der Pflege, im Sozial- und Erziehungsdienst.
- Schutzschirm für Beschäftigte in der Gastronomie, bisher werden die meisten Kolleg*innen in die Arbeitslosigkeit geschickt.
- Schutzschirm für Ausbildungsplätze.
- Ausgabe von Konsumgutscheinen bis maximal 500 Euro für Branchen, die besonders hart von der Krise betroffen sind: stationärer Einzelhandel, Freizeit, Tourismus, Gastronomie und Kultur.
- 2-Euro-pro-Tag-Jahresticket für Bus und Bahn, mit dem man durch Niedersachsen fahren kann. 1-Euro-pro-Tag-Jahresticket für Jugendliche und Rentner*innen.
- Prämien für Käufer*innen von E-Bikes, Lastenrädern und Autos mit CO₂-neutralen Antrieben.
- Land muss Soloselbstständige in der Weiterbildung absichern.
- Zeitlich befristeter Anspruch auf Arbeitslosengeld II für Studierende.
- Bafög in Vollzuschuss umwandeln.

Bildungspartner für:

- Betriebs- und Personalräteschulungen
- Politische Bildung
- After Work Bildung
- Gute digitale Arbeit
- Gesundheitsbildung

Berufsbegleitende Weiterbildung:

- Coaching
- Supervision
- Mediation
- Train the Trainer
- Offene Uni für Frauen u.v.m.



www.bw-verdi.de
www.betriebs-rat.de
www.personal-rat.de



Qualifizierung und Bildung für Erwachsene im Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V.
www.erfolgreich-weiterbilden.de

Region Hannover-Hildesheim
Goseriede 10 · 30159 Hannover
Telefon: +49(0)511/12 400 410
Telefax: +49(0)511/12 400 420
E-Mail: hannover@bw-verdi.de oder hannover@erfolgreich-weiterbilden.de

Gern senden wir unser aktuelles Programm zu.



Beratung sofort nach Beitritt.



Kompetente Hilfe bei allen Fragen zum Mietrecht.

Unsere Mitglieder wissen mehr!

Bürostunden

Mo., Di., Do.: 8.00–17.30 Uhr
Mi.: 8.00–16.00 Uhr
Sa.: 10.00–13.00 Uhr

Außenstellen | Geschäftsstelle

Celle, Schaumburg (Obernkirchen)
Nienburg, Hoya, Springe, Neustadt, Soltau.

Herrenstraße 14 · 30159 Hannover
Telefon 0511/121060
info@dmb-hannover.de
www.dmb-hannover.de

Nachhaltige Wirtschaft und Gute Arbeit für Alle

Die Eckpunkte des DGB zur Bundestagswahl

Die Corona-Krise sowie der Übergang in eine digitale und klimaneutrale Wirtschaft und Arbeitswelt bestimmen die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl. Die MAIZEITUNG erläutert die Schwerpunkte.

Tarifbindung und Mitbestimmung stärken

Die Energie- und Mobilitätswende sowie die Digitalisierung von Produkten und Arbeitsprozessen werden die Wirtschaft stark verändern. Eine gelungene Transformation verlange die flächendeckende Tarifbindung und mehr Mitbestimmung, für die der Gesetzgeber bessere Rahmenbedingungen schaffen müsse, heißt es im Positionspapier des DGB-Bundesvorstands. »Ohne-Tarif«-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden, um den Tarifschutz zu umgehen, gehörten abgeschafft. Tarifverträge in ausgegliederten Unternehmensteilen müssten fortbestehen. Staatliche Aufträge und Fördergelder dürften nur noch an tarifgebundene Unternehmen gehen, die zugleich soziale Standards wie Ausbildungsquoten erfüllen, heißt es. »Die im Koalitionsvertrag versprochene Stärkung der Tarifbindung muss kommen«, erinnert DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann an ein überfälliges Vorhaben der Bundesregierung. Er fordert, Mitbestimmungsrechte zu Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Internationalisierung ins Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen. »Die betriebliche Mitbestimmung muss fit für die Arbeitswelt der Zukunft gemacht werden«, betont er.

Arbeit der Zukunft gestalten

Pandemiebedingt verlaufen die ohnehin rasanten Veränderungen der Arbeitswelt im Zeitraffer. Beschäftigte brauchen eine bedarfs- und geschlechtergerechte Weiterqualifizierung und einen besseren Arbeitsschutz. Zu letzterem gehört etwa ein Rechts-

rahmen für gesundheitsgerechtes mobiles Arbeiten und Homeoffice, konkretisiert durch betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge. Oder faire Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie, inklusive sozialer Absicherung von Soloselbstständigen.

Weitere Forderungen sind die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen, die Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen, ein verlängerter Anspruch auf Arbeitslosengeld und ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Damit es nicht zu einer »verlorenen Generation Corona« kommt, fordert der DGB eine Ausbildungsgarantie, die den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr regelt. Für Studierende soll es ein gestärktes Bafög geben.

Gleichstellung vorantreiben

Die negativen Folgen der Pandemie bekommen vor allem Frauen zu spüren. Oft bleiben die Mütter zu Hause und kümmern sich um die Kinder. Angesichts bis Redaktionsschluss weiterhin geschlossener Kitas und Schulen drohen sich tradierte Rollenbilder wieder zu festigen. Das erweiterte Kindergeld könne zwar eine angemessene Lohnersatzleistung sein, müsse aber verbessert werden, sagt Elke Hannack, stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende. »Die Regelung muss für den gesamten Zeitraum der Pandemie tragen.« Der DGB will alle politischen Vorhaben daraufhin geprüft sehen, ob sie die Gleichstellung vorantreiben. Die Ziele: bessere Löhne in frauendominierten Berufen wie Pflege und Einzelhandel, mehr Frauen in Führungspositionen und eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit.

Investitionen in die Zukunft

Deutlich mehr Investitionen verlangt der DGB im Bildungsbereich. »Wir erwarten von der kommenden Bundesregierung, dass sie



Foto: Pexels/energetic

gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein kräftiges Sanierungsprogramm auflegt«, sagt Elke Hannack. »Vor allem die Schulen in ärmeren Kommunen und Stadtvierteln brauchen mehr Unterstützung.« Corona verschärfe die soziale Spaltung im Bildungssystem. Der DGB mahnt ein Konzept für Schüler*innen an, die im Distanzlernen nicht oder kaum erreicht werden. Hannack warnt die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes vor einem neuen Sparkurs. Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst brauche es eine vernünftige Personalplanung.

Digitale Transformation und Klimaschutz erfordern enorme Investitionen. Die pandemie-

bedingten Konjunktur- und Investitionsprogramme bezeichnet DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell als »richtigen Startpunkt für eine Investitionsoffensive«. Jetzt dürfe die Politik nicht nachlassen und müsse ein langfristiges Konjunkturprogramm auf den Weg bringen, betont er. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds solle deshalb zu einem Transformationsfonds umgebaut werden. Staatliche Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung sollten generell nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen.

Sozialstaat stärken

Der DGB fordert den Umbau der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung für Alle. Die Politik muss die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung weiterentwickeln, die alle Pflegekosten abdeckt und die Pflegebedürftigen spürbar entlastet. Bisher seien 30 Prozent der Menschen in stationärer Pflege auf Sozialhilfe angewiesen, mahnt DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel. Das gesetzliche Rentenniveau muss laut DGB mindestens 48 Prozent betragen und dann auf etwa 50 Prozent steigen, ohne die Regelaltersgrenze anzuheben.

Krisenkosten gerecht verteilen

»Die Krisenkosten dürfen nicht mehr einseitig den Beitragszahler*innen der gesetzlichen Krankenkasse aufgebürdet werden«, sagt Anja Piel. Für Coronatests und Impfungen seien bisher 16 Milliarden Euro ausgegeben worden. Der Löwenanteil davon stamme aus den Rücklagen der gesetzlichen Krankenversicherungen, kritisiert sie. Deshalb müsse der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds deutlich steigen. Der DGB will zudem mit einer anderen Steuerpolitik hohe Vermögen und Erbschaften sowie multinationale Konzerne stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. ▀

Transformation bei Conti: Kolleg*innen aus der Produktion qualifizieren sich für neue Jobs

Kolleg*innen aus der Produktion des Continental-Reifenwerks in Hannover-Stöcken können sich weiterqualifizieren und so im Zuge der Transformation fit für die Arbeitsplätze der Zukunft werden. Ungelernte können nach zweieinhalb Jahren einen Berufsabschluss erwerben. Davon profitieren vor allem auch un- und angelernte junge Beschäftigte. Qualifizierungsschwerpunkte

sind Verfahrenstechnik, Produktionstechnik und Mechatronik. Bisher haben 15 Mitarbeiter*innen, die meisten ohne Berufsausbildung, davon Gebrauch gemacht. »Die Erfahrungen sind bisher sehr gut«, sagt Betriebsratsvorsitzender Hasan Allak. »Die Erfolgsquote liegt bei 95 Prozent.«

Nach anfänglichen Berührungspunkten werde das Weiterbildungsprogramm mittler-

weile gut angenommen, berichtet er. Es gebe viele Anfragen interessierter Kolleg*innen. Mit der Qualifikation in der Tasche haben sie Vorteile, wenn sie sich etwa auf eine Stelle in der Entwicklung bewerben. Und das Unternehmen profitiert von besser ausgebildeten Mitarbeiter*innen. Zu Beginn sei das Qualifizierungsprogramm kein Selbstläufer gewesen, betont Allak. »Wir mussten immer wieder Druck bei der Geschäftsleitung machen. Die hatten das sehr stiefmütterlich behandelt. Gleichzeitig mussten wir als Betriebsrat auch

Arbeitgeber in den Beratungen mit den Betriebsräten zum ersten Mal auch Budgets für die Qualifizierung auf den Tisch legen. In der Vereinbarung sind je nach Standortgröße und Beschäftigtenstruktur auch Qualifizierungsbeauftragte vorgesehen. Gewerkschaftliche Vertrauensleute etwa können als Qualifizierungslots*innen die Kolleg*innen an die Weiterbildung heranführen.

Die weltweit zentrale Reifentwicklung des Konzerns ist im Werk in Hannover-Stöcken mit seinen gut 3.000 Mitarbeiter*innen

6-ER TAGESKARTE

Bis zu 1,70 Euro pro Tageskarte sparen und spontan sein.

NEU:
Ab 29 Euro
6x den ganzen
Tag flexibel
unterwegs.

gvh.de



»Die Erfahrungen mit dem Qualifizierungsprogramm sind bisher sehr gut, die Erfolgsquote liegt bei 95 Prozent. Viele Kolleg*innen interessieren sich mittlerweile dafür.«

HASAN ALLAK

ist Betriebsratsvorsitzender bei Conti in Hannover-Stöcken und Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Continental AG.

Foto: Continental

bei potenziellen Kandidat*innen unter den Kolleg*innen für das Programm werben.«

Um die Qualifizierung in Zukunft auf noch breitere Füße zu stellen, haben Konzernbetriebsrat und Vorstand unter Beteiligung von IG Metall und IG BCE mit »Raum und Zeit für Lernen« eine Konzernbetriebsvereinbarung geschlossen. Danach muss der

untergebracht. In der eigentlichen Reifenproduktion arbeiten heute noch zwischen 80 und 85 Beschäftigte. Sie recyceln abgefahrene, alte LKW-Reifen, die so ein zweites Leben erhalten. Die Vormaterialfabrik beliefert Betriebe in Europa mit Gummimischungen und Reifenbälgen für die Produktion von Autoreifen. ▀

Solidarsemester-Bündnis fordert schnelle Hilfe für Studierende

Mit der weitläufigen Schließung der Hochschulen im Zuge der Shutdown-Maßnahmen sind für viele Studierende Lernorte außerhalb der beengten Wohnung oder lauten Wohngemeinschaft weggebrochen. Um das Onlinesemester zu wuppen, fehlt vielen ein gut funktionierender Laptop und eine stabile Internetverbindung. Laut einer Umfrage der LandesAStenKonferenz klagen 70 Prozent der Studierenden vermehrt über Konzentrationsprobleme und eine deutlich gestiegene Arbeitsbelastung. Das Studium in der vorgesehenen Regelstudienzeit zu bewältigen, ist für viele nicht mehr möglich. Hinzu kommen Geldsorgen. Zwei von drei Studierenden arbeiten neben ihrem Studium, um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren. In Branchen wie der Gastronomie haben sie in der Corona-Krise ihren Nebenjob verloren.

Nach langem Druck hat der Niedersächsische Landtag beschlossen, die Regelstudienzeit um ein Semester zu verlängern. Das Solidarsemesterbündnis, in dem sich Studierendenorganisationen, DGB-Jugend, Grüne Jugend und Jusos zusammengeschlossen



Das Solidarsemesterbündnis demonstriert vor dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur in Hannover.

Foto: Grüne Jugend Niedersachsen

Das Bündnis fordert außerdem, die Langzeitstudiengebühren von 500 Euro pro Semester für alle Studierenden auszusetzen, dazu eine finanzielle Absicherung, das Verlängern von Fristen jeglicher Form, digitale Teilhabe für alle und wirksame Hilfen für internationale Studierende. Die Studierenden können bisher nur Härtefallanträge stellen, die »von der Entscheidungswillkür der Hochschulen abhängen«, heißt es in der Petition. Die Student*innen bräuchten dagegen die Sicherheit, nicht aus dem BAföG-Bezug zu fallen und keine Langzeitstudiengebühren zahlen zu müssen. Die derzeitige Verlängerung der Regelstudienzeit ermöglicht nur, den BAföG-Bezug für ein Semester unbürokratisch zu verlängern.

Ein Ende der BAföG-Förderung oder weitere Langzeitstudiengebühren würden für viele Studierende das Ende ihres Studium bedeuten – denn viele mussten schon vor der Pandemie Studienkredite aufnehmen. Die einmaligen Überbrückungshilfen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von maximal 500 Euro decken noch nicht einmal die grundlegenden Lebenshaltungskosten und helfen nur denjenigen, deren Kontostand unter 500 Euro liegt. ▀

haben, kritisiert das als unzureichend. Das Bündnis fordert, die individuelle Regelstudienzeit um den gesamten Zeitraum der Pandemie zu verlängern. Um weiteren Druck aufzubauen, brachte das Bündnis eine Petition an das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Kultur auf den Weg. Darin wird mit Verweis auf andere Bundesländer zunächst eine Verlängerung der Regelstudienzeit um ein weiteres Semester gefordert. Die erforderlichen 5.000 Unterschriften waren nach eineinhalb Wochen beisammen. Der Druck hat gewirkt: Das Minis-

terium stellte jüngst eine Verlängerung um ein weiteres Semester in Aussicht.



»Vor dem Hintergrund der Corona-Krise fordern wir einen Notfallmechanismus, der unbürokratische Hilfen für die Studierenden ermöglicht. Das BAföG gehört grundlegend reformiert, weil es für viel zu wenige angemessen greift.«

VOLKMAR WOLF

ist Jugendbildungsreferent bei der DGB-Jugend Niedersachsen-Mitte. | Foto: DGB

ECKPUNKTE DER DGB-JUGEND FÜR BAFÖG-REFORM

Damit die Studierenden besser sozial abgesichert sind, fordert die DGB-Jugend, das BAföG mittelfristig grundlegend zu reformieren. Damit sich der Kreis der Anspruchsberechtigten vergrößert, sollen die Elternfreibeträge deutlich steigen. Der monatliche Bedarfssatz wird sofort um mindestens 150 Euro erhöht und zusammen mit den Elternfreibeträgen jährlich angepasst. Die Altersgrenzen für den BAföG-Bezug sollen fallen.

Ausbildung für Alle – mit der Ausbildungsgarantie!

Seit Jahren kommen viele Unternehmen ihren Ausbildungsverpflichtungen nicht nach. Mehr als 80 Prozent aller Betriebe stellen keine Auszubildenden ein. Und durch die Pandemie ist in ganzen Branchen die betriebliche Ausbildung regelrecht eingebrochen. Damit es nicht zu einer »verlorenen Generation Corona« kommt, fordert die DGB Jugend eine Ausbildungsgarantie.

Bisher landen jene, die beim Wettbewerb um die Ausbildungsplätze leer ausgegangen sind, in sogenannten Übergangsmaßnahmen, wie dem Berufsvorbereitungsjahr oder einer Einstiegsqualifizierung. Das bedeutet Unsicherheit und fehlende Perspektive. Ohne Ausbildung müssen viele junge Menschen unter schlechten Bedingungen im Niedriglohnssektor arbeiten. Ihr Berufsleben ist damit bis zur Hartz-IV-Rente vorgezeichnet. Deshalb soll es nach Vorstellungen der DGB

Jugend einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz für alle Jugendlichen geben, die innerhalb eines Jahres keinen Ausbildungsplatz finden.

Die Ausbildungsgarantie soll als Teil der staatlichen Arbeitsmarktförderung den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr garantieren. Die Vermittlung in eine reguläre betriebliche Ausbildung soll dabei Vorrang haben. Erst, wenn nach einem mehrstufigen Verfahren kein betrieblicher Ausbildungsplatz vermittelt ist, wird ein außerbetrieblicher Ausbildungsplatz bei einem Maßnahmenträger oder einer berufsbildenden Schule angeboten, um den gesetzlichen Anspruch sicherzustellen. Dort werden dann die Jugendlichen im ersten Ausbildungsjahr gemäß Ausbildungsplan ausgebildet. Ziel bleibt auch in dieser Phase die Vermittlung in eine reguläre betriebliche Ausbildung. Sollte das nicht gelingen, wird die Ausbildung beim Träger bis zum

Berufsabschluss garantiert. Auch für die außerbetriebliche Ausbildung sind Qualitätsstandards einzuhalten. »Die Regularien für eine Berufsausbildung, wie auch betriebliche Mitbestimmung, Tarifverträge und die Mindestausbildungvergütung müssen uneingeschränkt gelten«, heißt es im Konzept der DGB-Jugend für die Ausbildungsgarantie.

Finanziert werden soll die Ausbildungsgarantie mit einem Zukunftsfonds, in den alle Betriebe einzahlen müssen. Mit dem Geld werden die außerbetrieblichen Ausbildungsplätze bezahlt und die Ausbildungsleistungen von Betrieben honoriert. Um die Zahl der auszubildenden Betriebe spürbar zu erhöhen, schlägt die DGB-Jugend vor, finanziert durch den Zukunftsfonds eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur mit »überbetrieblichen Bildungszentren« aufzubauen. Betriebe, die selbst nicht in der Lage sind, eine qualitative Ausbildung in vollem



Umfang anzubieten, könnten diese Ausbildungsinfrastruktur nutzen. ▀

Ausbildung zweiter Klasse verschärft Mangel an guter Pflege

Obwohl Pflegekräfte händeringend gesucht werden, hat die Krankenpflege in der Gesellschaft oft nur einen geringen Stellenwert. Auszubildende in der Pflege berichten von Fragen, was sie denn nach der Ausbildung machen wollten – der Tenor: »Pflege kann doch nicht alles sein, was du in deinem Leben willst?« Eine für die jungen Leute deprimierende Erfahrung. Umso wichtiger ist eine gute Pflegeausbildung, damit sie auch noch nach der Ausbildung Lust haben, im Pflegeberuf zu arbeiten. Die Ausbildungsbedingungen ließen aber

schon vor Corona einiges zu wünschen übrig. So nagte der Mangel an Pflegekräften vielfach am praktischen Unterricht, weil die Versorgung der Patient*innen im Vordergrund stand oder Praxisanleiter*innen fehlten.

»Die Pandemie hat die ganze Situation noch einmal verschlimmert«, berichtet ein junger Krankenpfleger aus einer hannoverschen Klinik, der seinen Namen aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen nicht in der Zeitung lesen möchte. »Azubis bekommen mit Corona-Infektionen zu tun, obwohl sie sich

im Unterricht teilweise noch gar nicht hinreichend mit Infektionserkrankungen beschäftigen konnten«, sagt er. Insbesondere vor ihrer Abschlussprüfung fühlten sich viele im Stich gelassen, weil sie sich nicht richtig auf die Prüfung vorbereiten können. Die praktische Ausbildung auf den Stationen habe aufgrund der Corona-Beschränkungen weiteren Schaden genommen. Die wichtige Prüfungssimulation vor der eigentlichen praktischen Prüfung entfallende komplett, kritisiert er. Auch mit dem digitalen Unterricht zu Hause gebe es

Probleme. Das liege mittlerweile weniger an der technischen Ausstattung als an fehlender pädagogischer Hilfe. »Es ist ein Unterschied, ob man eine Präsentation im Unterricht vorgestellt bekommt oder nur eine PDF-Datei erhält«, nennt der Krankenpfleger ein Beispiel. Viele Auszubildende sorgten sich, wie es mit der Ausbildung überhaupt weitergehe. »Es müssen dringend Konzepte her, die nicht zu einer Benachteiligung der Azubis führen«, fordert er. Derzeit würden Pflegekräfte »zweiter Klasse« ausgebildet. ▀

Gastronomie: »Für die meisten Beschäftigten reicht das Geld nicht mehr zum Leben«



Foto: Pixabay

Das Corona-Virus ist noch lange nicht besiegt. Hotels, Restaurants und andere gastronomische Betriebe waren bis Redaktionsschluss geschlossen - mit dramatischen Folgen für die Menschen, die im Gastgewerbe arbeiten. Die MAIZEITUNG fragte in einem hannoverschen Betrieb der Selbstbedienungsgastronomie mit Fastfood-Restaurants und Biergarten nach.

Betriebsratsvorsitzender Markus Riegler berichtet von einer Kollegin, die nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit gekündigt hat, obwohl sie Vollzeit beschäftigt war und ihren

Job »sehr geliebt« hat. Obwohl auch ihr Mann Vollzeit arbeitet, habe das Geld nicht mehr gereicht, um die Familie zu ernähren, Kredite und die Miete zu bezahlen, erläutert Riegler. »Dafür reichte das Kurzarbeitergeld nicht. Auch Feiertags- und Sonntagszuschläge fallen komplett weg. Die Kollegin musste sich einen anderen Job suchen.« Im ersten Lockdown hätten Vermieter*in und Kreditinstitute noch fällige Zahlungen gestundet.

Riegler berichtet von weiteren Kolleg*innen, die sich eine andere Stelle

suchen mussten, etwa im Lebensmitteleinzelhandel. »Die brauchen einen Job mit einem vernünftigen regelmäßigen Einkommen«, betont er. »Bei uns arbeiten etliche Mütter und Väter, die vielleicht noch einen Partner haben, der oder die gerade selber arbeitslos oder krank ist. Da geht es an die Existenz.« Die meisten Beschäftigten sind in den unteren Tarifgruppen eingeordnet und erhalten als Alleinstehende ein Kurzarbeitergeld von knapp 700 oder circa 900 Euro. Viele stockten entweder aus Scham oder Unwissenheit nicht mit Hartz IV auf, obwohl sie einen Anspruch darauf hätten, sagt Riegler. »Noch weniger Kurzarbeitergeld erhalten die Teilzeitbeschäftigten, bei den meisten Kolleg*innen reicht das Geld nicht mehr zum Leben.«

Von den mehr als 200 Beschäftigten in dem mittelständischen Restaurantbetrieb sind mehr als 60 Prozent Aushilfen auf 450-Euro-Basis. Ob Schüler*innen, Studierende, Alleinerziehende oder Rentner*innen, die sich etwas dazuverdienen müssen, sie alle fallen komplett durchs Raster. Sie haben weder Anspruch auf Kurzarbeitergeld noch auf andere staatliche Leistungen. »Durch Corona geraten diejenigen, die schon prekär beschäftigt waren, noch mehr unter Druck und ins Abseits«, vermutet Riegler. »Die Aushilfen sind bei uns Bestandteil des Betriebs, ohne die läuft gar nichts. Es braucht dringend

auch einen Rettungsschirm für die 450-Euro-Kräfte.« Für die übrigen Beschäftigten fordert die NGG eine Einmalzahlung von 1.000 Euro und ein Kurzarbeitergeld von mindestens 1.200 Euro. Das entspräche in den unteren Gehaltsstufen einem Kurzarbeitergeld von rund 100 Prozent des Nettogehalts.

Für die Zeit nach der Coronakrise erwartet Markus Riegler nichts Gutes. Die Geschäftsführung habe mitgeteilt, man müsse sehen, wie es weitergeht. Strukturen und Arbeitsabläufe gehörten auf den Prüfstand, heißt es. »Die wollen sparen«, vermutet Riegler, »wahrscheinlich auf dem Rücken der Beschäftigten.« Er befürchtet einen Abbau von Vollzeitstellen zugunsten von 450-Euro-Kräften und mehr Arbeitshetze für die verbliebenen Kolleg*innen. ▀



»Die NGG-Forderung nach einer Einmalzahlung von 1.000 Euro und einem Kurzarbeitergeld von mindestens 1.200 Euro ist genau richtig. Auch für die vielen 450-Euro-Kräfte braucht es einen Rettungsschirm.«

MARKUS RIEGLER

ist freigestellter Betriebsrat in einem hannoverschen Unternehmen der Selbstbedienungsgastronomie.

Foto: privat

Das Ehrenamt stärken!



Foto: Pixabay

Das Ehrenamt ist ein Grundpfeiler der politischen Beteiligung und der Daseinsvorsorge. Mit dem Rückzug des Staates haben ehrenamtlich Tätige Aufgaben übernommen, die sonst nicht mehr zu organisieren wären. Gleichzeitig gibt es akuten Nachwuchsmangel. Freiwilligen Feuerwehren und Sportvereinen beispielsweise fehlen Kinder und Jugendliche, um ihre Angebote aufrecht erhalten zu können. Das kommunalpolitische Ehrenamt in den Räten und Kreistagen ist von Überalterung und Rückzug geprägt. Der Niedersächsische Landtag will deshalb mit einer Enquetekommission »Ehrenamt« die Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement verbessern. Der DGB-Bezirk begrüßt das und hat zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften in einem Positionspapier seine Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamts auf den Tisch gelegt.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern und den USA ist die gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts hierzulande geringer. Dazu gehört auch unzureichende Würdigung durch Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe. Hier muss endlich ein Umdenken einsetzen! Die Gewerkschaften regen deshalb eine Imagekampagne des Landes an, um besser über ehrenamtliche Tätigkeiten zu informieren und deren Bedeutung zu stärken.

Um Vereine und Verbände beim Aufbau von Nachwuchskräften zu unterstützen, bedarf es eines besseren Angebots an Schulungen und Fortbildungen für junge Ehrenamtliche ab 14 Jahren. Dafür brauchen die Organisationen mehr Geld für Bildung, Coaching und Mentoring-Programme. Um Aktive zu entlasten, könnten digitale Medien für regelmäßige Sitzungen eingesetzt werden. Für die notwendige digitale Infrastruktur müssen

Vereine und Verbände das nötige Geld erhalten. Kleine Vereine und Verbände nutzen oft nur unzureichend die Möglichkeiten des Freiwilligendienstes. Ihnen muss ermöglicht werden, Stellen für Freiwillige einzurichten.

Insbesondere, wenn sie eine Berufsausbildung oder ein Studium aufnehmen, ziehen sich junge Leute aus dem Ehrenamt zurück, weil sie nebenher arbeiten müssen. Das betrifft vor allem den Nachwuchs aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern. Hier bedarf es Voraussetzungen, die allen jungen Menschen unabhängig vom Geldbeutel den Zugang zum Ehrenamt ermöglichen.

Um das kommunalpolitische Ehrenamt zu stärken, braucht es aus Sicht des DGB eine neue Strategie. Diese sollte, etwa in Schulen und Berufsschulen, Kenntnisse über Kommunalpolitik vermitteln, die Möglichkeiten aktiver Teilhabe unterstützen und den Nutzen für die Gesellschaft verdeutlichen. Berufstätige und Eltern können oft aus zeitlichen Gründen nicht an Ausschüssen, Rats- oder Vorstandssitzungen teilnehmen. Um dieses Manko anzugehen, müssen Verdienstausschüsse, digitale Teilnahme ermöglicht sowie die Kosten für Kinderbetreuung und Pflege erstattet werden. Die Pflicht, kommunalpolitische Mandatsträger*innen vom Job freizustellen, ist gesetzlich zu regeln.

Ehrenamtliches Engagement darf nicht zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen. Neben steuerfreien Pauschalen, wie der sogenannten Übungsleiterpauschale, muss es auch eine Erstattung von Sachkosten, wie für Fahrten und Ausstattung, geben. Alle ehrenamtlich Tätigen sollten Anspruch auf eine Ehrenamtskarte haben, die mit Vergünstigungen etwa bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln verbunden ist. ▀



ALLE MAI-KUNDGEBUNGEN IN DER REGION

| VERANSTALTUNGSORT | REDNER*IN | BEGINN |
|---|--|-----------|
| Hannover Goseriede | Anja Piel Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes | 11:00 Uhr |
| Lehrte Rathausplatz | Dr. Bernd Althusmann Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung / stellv. Ministerpräsident | 11:00 Uhr |
| Hameln Bürgergarten | Kevin Komolka Stellvertretender Landesvorsitzender GdP Niedersachsen | 11:00 Uhr |
| Hildesheim Marktplatz | Karoline Kleinschmidt 1. Bevollmächtigte IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim | 11:00 Uhr |
| Holzminde Marktplatz | Hartmut Kahmann Arbeitnehmer-Vizepräsident der Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen Susanne Jacke Kreisvorsitzende DGB Holzminde | 11:00 Uhr |
| Nienburg Festwiese | Tatjana Basow Jugendsekretärin ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen Frank Schmidt-Hullmann ehemaliges Bundesvorstandsmitglied IG BAU | 10:00 Uhr |
| Stadthagen Gewerkschaftshaus Probsthäger Straße 4 | Fred Hartmann 1. Bevollmächtigter IG Metall Nienburg-Stadthagen | 11:00 Uhr |
| Barsinghausen Mont-Saint-Aignan-Platz | Ingo Arlt Gewerkschaftssekretär IG Metall Hannover | 11:00 Uhr |
| Barnstorf Rathausplatz | Ralf Becker Landesbezirksleiter IG BCE Nord | 11:00 Uhr |

Bitte beachten Sie die aktuellen Verordnungen zum Infektionsschutz des Landes Niedersachsen und die allgemeine Pflicht zum Tragen einer Maske. (Medizinische- oder FFP2-Masken) Aktuelle Informationen rund um die 1. Mai Kundgebungen in der DGB Region Niedersachsen-Mitte finden sie auf unsere Webseite www.niedersachsen-mitte.dgb.de



Hannover: GEW will »Zwei-Säulen-Modell« als Übergang zur Schule für Alle

Soll es in Zukunft mit Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen (IGS) nur noch zwei, anstatt wie bisher fünf weiterführende Schulformen in Hannover geben? Das fordert jedenfalls die GEW Region Hannover. Schon heute gehen die meisten Kinder nach der vierten Klasse auf eine IGS oder das Gymnasium. »Das Zwei-Säulen-Modell soll dabei nur der Übergang zu einer Schule für alle Kinder und Jugendlichen sein«, umreißt Regionsvorsitzender Harald Haupt das eigentliche Ziel.

Die Bildungsgewerkschaft will mit dem »Zwei-Säulen-Modell« den vielen Schüler*innen helfen, welche die Schule wegen schlechter Noten wechseln müssen. Im Schuljahr 2020/2021 waren in der Landeshauptstadt 558 Schüler*innen von solchen »Abschulungen« betroffen, die für die Kinder und Familien psychisch äußerst belastend sind. Die meisten kommen vom Gymnasium und wollen auf eine Integrierte Gesamtschule. Andere wechseln zur Realschule oder von der Real- zur Oberschule. Das »Zwei-Säulen-Modell« wäre

für Haupt ein Erfolg, wenn es nur zu wenigen oder am besten gar keinen »Abschulungen« mehr führt. Dazu bedürfe es aber intensiver Information und Beratung über die verschiedenen Lernkulturen, betont er. »Abschulungen gehören abgeschafft, auch weil sie den Inklusionskonzepten zutiefst widersprechen.« Die Schulentwicklung in Bremen zeige hierzu Gestaltungsmöglichkeiten auf.

»Sitzenbleiben« kratze am Selbstwertgefühl der Kinder, berichtet der Grundschullehrer. »Das gewohnte Lernumfeld und die Freund*innen verlassen zu müssen, verstärken Einsamkeitsgefühle und werden als Bestrafung erlebt.« Die aufnehmenden Schulen können die neuen Schüler*innen wegen Platzmangels oft nur mit Mühe unterbringen und müssen sie in bestehende Klassengemeinschaften integrieren. Das belastet Kinder und Jugendliche sowie Pädagog*innen gleichermaßen.

»Solche Verwerfungen können nur in einer Schule für alle Kinder aufgehoben werden«, betont Haupt. »Niemand muss dann



Foto: Shutterstock

mehr die Schule wechseln und wieder bei null anfangen.« Diese Schulform sei überdies am besten geeignet, herkunftsbedingte Benachteiligungen von Schüler*innen aus bildungs-

fernen Elternhäusern durch individuelle Förderung auszugleichen, unterstreicht er. »Bisher hängt der Schulerfolg der Kinder stark vom Bildungsstand der Eltern ab.«

Ganztagschulen: Günstigeres und besseres Mittagessen mit kommunalem Eigenbetrieb



»Das Schulessen könnte man in dezentralen Großküchen aus regionalen Bioprodukten zubereiten und auf kurzem Weg liefern. Bei moderaten Preisen muss das Essen ab dem zweiten Kind kostenlos sein, um Familien zu entlasten.«

HARALD HAUPT

ist Vorsitzender der GEW Region Hannover | Foto: Isabel Winarsch

Die GEW sorgt sich um Kosten und Qualität des Mittagessens in Hannovers Ganztagschulen. Die Preise bewegen sich meist um die 4 Euro pro Mahlzeit. Für das Mensaessen in der Grundschule Fuhsestraße etwa müssen die Kinder 4,40 Euro zahlen. Eine Familie mit zwei Kindern muss danach 8,80 Euro pro Tag berappen. Dafür kann man zuhause eine 6-köpfige Familie bekochen. Viele Kinder, deren Eltern das Schulessen nicht zahlen können, bleiben hungrig.

Mit steigendem Alter der Kinder und Jugendlichen nehme die Akzeptanz des Mensaessens generell ab, berichtet Harald Haupt, Vorsitzender der GEW Region Hannover. »Werden die Kinder eingeschult, können sich die

Eltern die Preise noch leisten«, betont er. »Im Laufe der Schuljahre erhöht aber der private Caterer die Preise, was viele Eltern finanziell überfordert.« Schüler*innen der weiterführenden Schulen ab Klasse 9 oder 10 blieben dem Schulessen fern und steuerten den Kiosk oder Dönerladen um die Ecke an. Dieser Umstand sei auch der gelieferten Qualität beim Schulessen geschuldet, vermutet Haupt. Schüler*innen berichteten etwa von abgepackten Sandwiches aus Weißbrot anstelle frisch belegter Brötchen.

Damit in Zukunft wieder mehr Kinder und Jugendliche in der Schulmensa essen, soll die Landeshauptstadt nach Vorstellungen der GEW einen kommunalen Eigenbetrieb gründen. Das Schulessen könnte in vier bis fünf dezentralen Großküchen aus regionalen Bioprodukten zubereitet und von dort auf kurzem Weg in die Ganztagschulen geliefert werden. Bei moderaten Preisen solle das Essen ab dem zweiten Kind kostenlos sein, um Familien zu entlasten, fordert Harald Haupt. In den Grundschulen wünscht er sich »pädagogisches Mittagessen«.

Vorbild Langenhagen

Die GEW verweist auf das Vorbild Langenhagen. Die dortigen Ratspolitiker*innen haben einen kommunalen Eigenbetrieb beantragt, der in Zukunft für das Schulmittagessen vor

Ort zuständig sein soll. Die Schulen müssen dann keine privaten Caterer mehr anheuern, die das Essen oft eine Stunde oder länger durch die Gegend fahren. Weitere Vorteile: Bei der Stadt werden vernünftig bezahlte und sozial abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen; und die Kommune hat Einfluss darauf, wie

und aus welchen Produkten das Essen hergestellt wird. Harald Haupt hofft, das Beispiel Langenhagen macht auch in anderen hannoverschen Umlandkommunen und darüber hinaus Schule. Für Hannover regt er zusätzlich an, eine Kooperation des Eigenbetriebs mit den Mensen der Universität zu prüfen.

Pakt gegen Wohnungslosigkeit

Vor dem Hintergrund des zurückliegenden Coronawinters und steigender Obdachlosenzahlen fordern der DGB Niedersachsen, die Landesarmutskonferenz und die Stiftung EIN ZUHAUSE einen Pakt gegen Wohnungslosigkeit. Damit wollen die Organisationen sowohl Wohnungslosigkeit verhindern, etwa ausgelöst durch Zwangsräumungen, als auch die Situation der Menschen ohne Wohnung verbessern.

In einem Positionspapier wird vorgeschlagen, Obdachlose kurzfristig in leerstehenden Hotels, Pensionen und Jugendherbergen unterzubringen, damit sie schnell ein Dach über dem Kopf haben. Viele leiden an Vorerkrankungen und gehören zur Risikogruppe. Sie sind gerade in Zeiten der Pandemie auf ein Einzelzimmer angewiesen, um die Gefahr einer Corona-Ansteckung so gering wie mög-

lich zu halten. Bisher können die Betroffenen nur herkömmliche Unterkünfte mit Mehrbettzimmern aufsuchen. Dort sind männliche Sicherheitsdienste oft ein zusätzliches Problem für obdachlose Frauen.

Perspektivisch sollen Obdachlose in sogenannten Housing-First-Wohnungen unterkommen. Diese Unterkünfte sind ein niederschwelliges Angebot an Wohnungslose, ohne vorher diverse Hürden überwinden zu müssen. Sozialarbeiter*innen helfen dabei, im Alltag wieder Fuß zu fassen. 15 solcher zwischen 31 und 44 Quadratmeter großen Wohnungen wurden Mitte März im Karl-Imhoff-Weg in Hannover-Vahrenwald bezogen. »Wir brauchen mehr solcher Projekte für Wohnungslose in Niedersachsen«, betont DGB-Bezirksvorsitzender Mehrdad Payandeh.

Teilhabe am Arbeitsmarkt in der Region Hannover

Mit dem neuen Förderinstrument »Teilhabe am Arbeitsmarkt« finden Arbeitsuchende wieder eine sinnvolle Tätigkeit.

Sie können aktiv dazu beitragen, indem Sie Arbeitsplätze für Menschen schaffen, die schon lange auf Leistungen vom Jobcenter angewiesen sind.

Wir können die Beschäftigung fördern, mit bis zu 100 Prozent der Lohnkosten, Kosten für Weiterbildung und ein begleitendes Coaching.

Mehr Infos finden Sie auf www.jobcenter-region-hannover.de

JOB CENTER
REGION HANNOVER

ARBEITNEHMERANWÄLTE HANNOVER

Wir unterstützen Euch
kompetent, menschlich und vertrauensvoll
bei der Lösung Eurer
arbeitsrechtlichen Probleme!

Olivia Günter | Annika Wheeler | Svenja Meergans | Christine Matern | Eva Büchele
Sebastian Stoffregen | Detlef Fricke | Norbert Schuster

Schulenburg Landstraße 20B | 30165 Hannover | T: +49 (0) 511-70074-0 | F: +49 (0) 511-70074-22
E-Mail: info@arbeitnehmeranwaelte-hannover.de | www.arbeitnehmeranwaelte-hannover.de

Textileinzelhandel: Personalabbau in der Coronakrise

»Ein Großteil der Kolleg*innen hat Existenzängste.« So beschreibt Mitarbeiterin Inge Schmidt* die Stimmung in der Belegschaft der H&M-Filiale am Kröpcke in Hannover. Das Textilhandelsunternehmen will im Zuge der Coronakrise bundesweit 800 Stellen abbauen. In der hannoverschen Filiale mit ihren 80 Mitarbeiter*innen sind das Lager und die Dekoration betroffen. »Die Verunsicherung ist groß, weil keiner weiß, wie es weitergeht«, sagt die gelernte Verkäuferin. Da schon im Verkauf Personal abgebaut worden sei und die fortschreitende Digitalisierung den gesamten Betrieb betreffe, gingen bei allen Kolleg*innen die Alarmglocken an. Meist sind es Frauen, weil der Einzelhandel immer noch weiblich dominiert ist.

»Die Leute sind gefrustet und sauer, dass sie so entsorgt werden, nachdem sie vorher jahrelang Höchstleistungen bringen mussten«, bringt Schmidt die Stimmung auf den Punkt. »Die einen befürchten, aufgrund ihres Alters und der Krise keine neue Stelle zu finden, wenn sie ihren Job verlieren. Andere sorgen sich, ob sie morgen noch die Miete bezahlen können.« Der Gesamtbetriebsrat konnte nach zähen Verhandlungen 90 Prozent Kurzarbei-



tergeld in einer Betriebsvereinbarung fest-schreiben. Aber rund 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten Teilzeit, nicht wenige davon auf Abruf mit einem unregelmäßigen Einkommen. Langjährige ältere Beschäftigte mit einem Stundenlohn von 16 oder 17 Euro gehen am Monatsende mit 600 oder 700 Euro netto nach Hause, rechnet Schmidt vor. Viele jün- gere Kolleg*innen müssten bei einem Stunden-

ZUR PETITION:
Bei www.openpetition.de
oder bei Google »H&M
Petition« eingeben.

lohn von knapp 10 Euro mit 500 oder 600 Euro über die Runden kommen. Da schmerzt jeder finanzielle Verlust.

Die Unternehmensführung droht mit betriebsbedingten Kündigungen, sollten nicht genug Beschäftigte für nur ein Bruttogehalt »freiwillig« gehen. Mit einem sogenannten Freiwilligenprogramm würden gezielt Kolleg*innen angesprochen, die man

loswerden wolle, so Schmidt. »Kolleg*innen mit einer Schwerbehinderung, Mütter und Beschäftigte in Elternzeit gehören dazu, weil sie nicht so flexibel sein können, sowie teure langjährige ältere Mitarbeiter*innen.« Die Coronakrise werde zwar als Grund für den Personalabbau mit angeführt. Der Hauptgrund seien aber die Digitalisierung und der Onlinehandel, was die Unternehmensführung verschlafen habe. »Da das Unternehmen nun den Onlinehandel ausbauen will, will man Personal im stationären Handel loswerden.« Die Digitalisierung spare mit der RFID-Technologie viele Handgriffe in Lager und Dekoration, erläutert Inge Schmidt. Wenn irgendwann Selbstscann-Kassen kommen, werde weiteres Personal überflüssig.

ver.di hat die Unternehmensführung wiederholt aufgefordert, über einen Tarifvertrag Digitalisierung zu verhandeln, um die Beschäftigung zu sichern. Da sich der Arbeitgeber nach wie vor weigert, hat die Gewerkschaft eine Petition gestartet, um H&M-Vertreter*innen an den Verhandlungstisch zu bringen. Inge Schmidt bittet alle Leser*innen, die Petition zu zeichnen. ▀

*Name von Redaktion geändert

Forderungen des DGB zu den Kommunalwahlen

Vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen am 12. September hat der DGB seine Forderungen an die Politiker*innen in den Räten und Kreistagen formuliert. Wir erläutern die Schwerpunkte.

Gute Arbeit stärken

Um Tariffucht und Lohndumping einzudämmen und Gute Arbeit zu stärken, sieht der DGB die Städte und Gemeinden in der Pflicht. Bei der Vergabe kommunaler Aufträge müssen die beauftragten Unternehmen Tariflöhne zahlen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen bieten und ökologische Kriterien erfüllen. Die Kommunen sollten streng überprüfen, ob sich die Firmen an die Vorschriften des niedersächsischen Vergabegesetzes halten. Tariflich bezahlte unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse müssen ein wesentliches Kriterium kommunaler Wirtschaftsförderung sein.

Nachhaltige Wirtschaft fördern

Kommunalpolitiker*innen sollten der Corona-Krise im Sinne der Beschäftigten begegnen. Gleichzeitig muss der sozial-ökologische Wandel zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft gelingen. Dafür braucht es eine kommunale Wirtschafts- und Strukturpolitik, die Unternehmensansiedlungen nach sozialen und ökologischen Perspektiven fördert. Beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen müssen die Kommunen soziale und ökologische Kriterien anwenden.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten zu begegnen, müssen die Kommunen zum Rückgrat des öffentlichen Wohnungsbaus werden. Gute Kommunalpolitik schafft Wohnraum im Gebäudebestand: etwa durch den Umbau ungenutzter Büroflächen zu Wohnun-

gen, den Ausbau von Dachgeschossen und weniger Leerstände. Öffentliche Baugrundstücke sollten in angespannten Wohnungsmärkten im kommunalen Eigentum bleiben. Die Kommune kann Grundstücke entweder selbst bebauen oder durch Erbbaurecht Dritten bereitstellen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Gute Kommunalpolitik schafft neue Belegrechtswohnungen, um auslaufende Sozialbindungen auszugleichen. Weitere Instrumente sind vereinfachte Genehmigungsverfahren, mehr Personal in den Bauämtern und die Stärkung von Genossenschaften.

In öffentliche Infrastruktur investieren

Marode Schulen, Kindergärten und Straßen sowie fehlende digitale Infrastruktur muss die Kommunalpolitik mit einer Investitions-offensive angehen. Damit diese angesichts leerer Kassen nicht dem Rotstift zum Opfer fällt, haben die Gewerkschaften mit dem Niedersachsenfonds ein geeignetes Finanzierungsinstrument ins Spiel gebracht (siehe S. 4 in dieser Zeitung). Gute Kommunalpolitik setzt auf die Überführung von Privatbetrieben zurück in kommunales Eigentum und erteilt Privatisierungen eine klare Absage.

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Erst, wenn der öffentliche Dienst durch Überlastung an seine Leistungsgrenze kommt, wird für viele Menschen deutlich, wie sehr die öffentliche Daseinsvorsorge mit Müllabfuhr, Stadtwerken, Nahverkehr oder Krankenhäusern und Kitas ein komfortables Leben ermöglicht. Um dem Fachkräftemangel in den Dienststellen entgegenzuwirken, müssen Städte und Landkreise ihre Attraktivität als Arbeitgeber steigern. Dazu gehören unbefristete tarifliche bezahlte Arbeitsplätze, gesunde Arbeitsbedingungen, Mitgestaltungsrechte, regelmäßige Angebote zur Weiterbildung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Optimale Bildungschancen bieten

Schon vor der Pandemie fiel in Schulen und Kindertagesstätten vielerorts der Putz von den Wänden, und Sanitäranlagen waren sanierungsbedürftig. Vor allem bei der IT-Ausstattung zeigt die Corona-Krise wie unter einem Brennglas die mangelhaften Zustände an den Schulen und in der Erwachsenenbildung. Die Kommunalpolitik muss Schulen und Kitas pandemiefest aufstellen. Die Kommunen müssen sich bei Bund und Land dafür einsetzen, dass die Bildungseinrichtungen mehr Geld erhalten und Gelder aus dem DigitalPakt Schule auch tatsächlich bei den Schulen ankommen. Um den gestiegenen Anforderungen an frühkindliche Bildung gerecht zu werden, braucht es in den Kindergartengruppen mehr Fachkräfte sowie gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Gute Ausbildung garantieren

Kommunale Verwaltungen und Betriebe müssen ihre Ausbildungsquoten deutlich erhöhen und Ausbildungskapazitäten ausschöpfen. Berufsschulen sind besser auszustatten. Die Kommunen müssen sich aktiv an der Einrichtung von Jugendberufsagenturen beteiligen und diese ausbauen. Sie sollten mit Unternehmen und Gewerkschaften lokale Bündnisse für mehr Ausbildungsplätze bilden.

Langzeitarbeitslosen Perspektive geben

Damit sie wieder einen Job finden, fördert der Bund mit Zuschüssen nach dem »Teilhabechancengesetz« die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Hartz-IV-Bezieher*innen für eine Zeit von bis zu fünf Jahren. Die Städte und Gemeinden müssen dieses Instrument nutzen und einen kommunalen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose mit regulären Arbeitsverträgen und tariflicher Bezahlung schaffen, aber auch selbst mehr Langzeitarbeitslose einstellen. Beides würde die Kommunen zugleich bei den Mietzahlungen an Erwerbslose entlasten.



Für sichere und lebenswerte Kommunen

Damit eine Kommune lebenswert ist, müssen nicht nur die Zahlen der Kriminalitätsstatistik geringer sein, sondern die Bevölkerung muss sich auch subjektiv sicher fühlen. Die Kommunalpolitiker*innen können viel dazu beitragen. Sie müssen Vereine und Menschen vor Ort stärker in die Gestaltung ihres Lebensumfelds einbeziehen sowie Konzepte der kommunalen Kriminalprävention mehr beachten und umsetzen. Sogenannte Angsträume wie »dunkle Ecken« sind durch städtebauliche Maßnahmen zu vermeiden. Eine Stadt muss senioren-, familien- und behindertengerecht sein.

Demokratie stärken

Gute Kommunalpolitik macht Entscheidungen in den politischen Gremien transparent und stärkt die Bürger*innenbeteiligung. Kommunalpolitiker*innen müssen rechter Propaganda und Hetze klare Grenzen setzen und parteiübergreifende zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen rechts unterstützen. ▀

Rechtsanwalt | Fachanwalt für Arbeitsrecht
HANS-HEINRICH BRAUL

Hämelerwalder Straße 28 | 31275 Lehrte
Telefon 05175 3192285 | Fax 05175 3192286
E-Mail: hans.braul@ra-braul.de

PETRA BEITLICH
Rechtsanwältin | Fachanwältin für Familienrecht

Trennung · Scheidung · Unterhalt · Sorgerecht
Ich stehe an Ihrer Seite!

Alexanderstraße 2 | 30159 Hannover
Telefon 0511 326301 | info@ra-beitlich.de | www.ra-beitlich.de

DGB-Vorsitzende vor Ort im Kurzinterview

1. Was verbindest Du mit dem Mai-Motto »Solidarität ist Zukunft« mit Blick auf die DGB-Arbeit in Deinem Landkreis?
2. Warum sind die DGB-Gewerkschaften gerade in Pandemiezeiten so wichtig vor Ort, und was ist Dein persönlicher Antrieb?
3. Was sind mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen am 12. September die wichtigsten Themen für Euch als DGB-Kreisverband?
4. Was gehört mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen aus Deiner Sicht unbedingt auf die Agenda?
5. Deine Botschaft an die Menschen vor Ort für den 1. Mai?



MATHIAS MÜLLER,
Kreisvorsitzender Diepholz:

1. Für uns ist Solidarität nicht nur ein geflügeltes Wort, sondern wird in Teamarbeit gelebt. Daher ist es uns besonders wichtig, die jüngere Generation mit in die Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen und deren Interessen und Ziele tatkräftig zu unterstützen.
2. Die Menschen haben so etwas wie die Corona-Pandemie noch nie erlebt. Durch die Einschränkungen im Privatleben wie auch in der Arbeitswelt, wird ein geregelter Tagesablauf völlig durcheinandergeworfen. Die Angst um die eigene Gesundheit, vor Jobverlust und Kurzarbeit, Homeschooling, Kinderbetreuung rund um die Uhr, verursachen Stress und Ängste in den Familien. Wir Gewerkschaften können vor Ort Hilfe geben, indem wir mit den Betroffenen nach Lösungen suchen und Lösungsansätze mit Arbeitgeber*innen und Behörden im Sinne der Beschäftigten liefern.
3. Es gibt in vielen Kommunen neue Bürgermeister*innen, dadurch verändern sich vor Ort die Ansprechpartner*innen. Im Landkreis Diepholz geht es um Fragen des öffentlichen Nahverkehrs, gute tarifgebundene Arbeit, den Bau eines Zentralkrankenhauses, die Schulstrukturen und die steigenden Mietpreise.
4. Ich hoffe, es gibt einen spannenden Wahlkampf zur Bundestagswahl bei uns im Landkreis. Da gehört natürlich auch eine Veranstaltung mit den Kandidat*innen seitens des DGB dazu. Die Umsetzung des Transformationsprozesses in der Wirtschaft und den Betrieben darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer*innen gehen. Dazu muss ein Weg gefunden werden, der Umwelt, Klima und Ressourcen mit der Arbeitswelt und den Bedürfnissen von Mensch, Tier und Natur in Einklang bringt.
5. Solidarität funktioniert nur gemeinsam. Um etwas zu verändern, brauchen wir Euch als anpackende und helfende Hand, als Mitglied in den Gewerkschaften, für das gemeinsame Wohl.

SARA MUMMERT,
Kreisvorsitzende Hameln- Pyrmont

1. Solidarität ist für mich eine Selbstverständlichkeit und eine Grundeinstellung, gerade auch in der Corona-Krise. Zusammenhalten, einander helfen, aufeinander achten, gegenseitig unterstützen ist wichtiger denn je.
2. Für mich ist DGB-Arbeit gebündelte Gewerkschaftsarbeit, über die Tore meiner Personalratsarbeit hinweg, um Arbeitsbedin-

gungen zu verbessern.

3. Digitalisierung, zum Beispiel der Digitalpakt der Schulen.

4. Ein Betriebsrätestärkungsgesetz, das ernsthaft stärkt und keine Mogelpackung ist.

5. Auch wenn das Zitat nicht von mir kommt, so passt es auch hier: »Wir schaffen das!« Wir stehen diese Zeit gemeinsam durch, auf dass der nächste »Tag der Arbeit« wieder kraftvoll eng beieinander gemeinsam gefeiert werden kann!

NICOLA LOPOPOLO,
Vorsitzender Stadtverband Hannover

1. Ohne Solidarität gibt es keine Zukunft, wie wir Gewerkschaften sie uns vorstellen. Manche glauben, wenn jede*r an sich denkt, sei an alle gedacht. Dabei vergessen sie, dass nur gemeinsam etwas Positives erreicht werden kann.

2. Gerade in so schwierigen Zeiten sind Gewerkschaften diejenigen, die sich um die Sicherung von Beschäftigung kümmern. Mein persönlicher Antrieb dabei ist es, Menschen zu helfen, wo immer ich kann.

3. Zentrale Themen sind die Unterbringung von Obdachlosen und bezahlbarer Wohnraum; zukunftsfähige Mobilitätskonzepte; gute Arbeitsplätze vor Ort; Vergabe öffentlicher Aufträge an tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen; die Ausstattung der Schulen und Bildungsträger; mehr Betreuungsmöglichkeiten durch den Ausbau des KiTa- und Ganztagsangebots.

4. Stabilisierung und Erhöhung der Renten ohne Erhöhung des Renteneintrittsalters; Ausbau von Grundsicherung und Arbeitslosengeld.

5. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

6. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

7. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

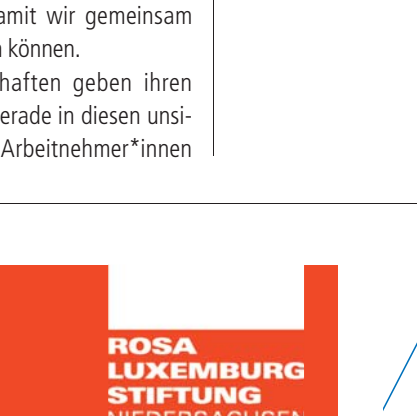
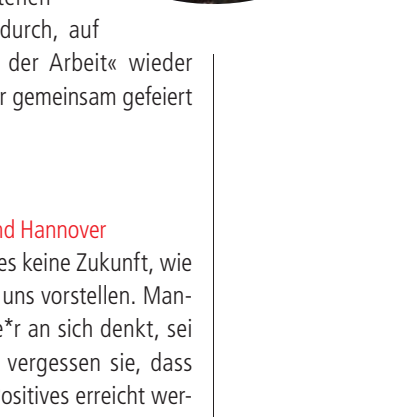
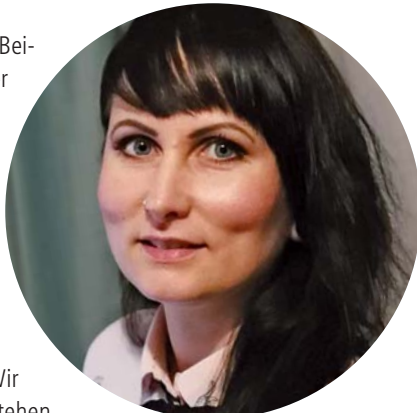
8. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

9. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

10. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

11. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.

12. Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region.



FRANZISKA STANGE,
Kreisvorsitzende Hildesheim

1. »Solidarität ist Zukunft« heißt, gemeinsam eine bessere Zukunft zu schaffen. Dabei ist es mir wichtig, Vergangenheit und Zukunft zu verbinden. Es gibt wichtige Errungenschaften aus der Vergangenheit, die es zu bewahren gilt. Aber wir müssen uns auch mit veränderten Lebenssituationen auseinandersetzen, die Sichtweisen jüngerer Menschen verstehen und Brücken bauen, damit wir gemeinsam unsere Zukunft gestalten können.

2. Die DGB-Gewerkschaften geben ihren Mitgliedern Rückhalt. Gerade in diesen unsicheren Zeiten ist es für Arbeitnehmer*innen

besonders wichtig, bei Gesundheits- und Arbeitsschutz, Kurzarbeitertarifen und vielem mehr unterstützt zu werden. Zudem ist über die Gewerkschaften die Vernetzung einzelner Betriebe möglich, um von einander zu profitieren.

3. und 4. Keine Antworten.



5. Wenn ihr glaubt, die Welt könnte ein bisschen besser sein, steht auf und tut etwas dafür! Gewerkschaften kämpfen nicht nur um mehr Geld, wir wollen mehr bewegen, für eine bessere Zukunft für alle! Seid dabei!

REINHARD NOLD,
Kreisvorsitzender Region Hannover

1. Nur durch Solidarität können wir den Strukturwandel und die Transformation der Wirtschaft erreichen. Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge schaffen erst die Alternative, die einen Wandel des Lebensstils ermöglicht.

2. Gewerkschaften sind in der Krise nahe dran an den Menschen. Wir haben uns im Rahmen der Corona-Krise für einen Sozialfonds in der Region Hannover eingesetzt, um existenzbedrohende Notlagen zu vermeiden oder abzufedern. Bei der Krise der Deutschen Messe AG, zum Teil durch Corona verursacht, haben die Gewerkschaften einen drohenden Kahlschlag durch die Entlassung von Mitarbeiter*innen verhindert.

Mein persönlicher Antrieb: Streiten für Demokratie und soziale Gerechtigkeit; Zusammenarbeit mit Menschen; gesellschaftliche Anerkennung; erkennbare Erfolge der DGB-Arbeit.

3. Gute Arbeit bei Region und Kommunen als Arbeitgeberinnen; Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an tarifgebundene Unternehmen; Verzicht auf Leiharbeit und die Abschaffung sachgrundloser Befristungen. Investitionen in öffentliche Daseinsvorsorge: Krankenhäuser, Schulen, Müllabfuhr und Pflegeheime. Keine Privatisierungen und Öffentlich-Privaten Partnerschaften.

4. Die Rente, die Verteilungsgerechtigkeit durch bessere Steuergesetze sowie Bildung

und Gesundheitswesen sind zentrale Themen der Bundestagswahl. Es darf nicht sein, dass zukünftige Rentnergenerationen nach 35 bis 45 Jahren harter Arbeit eine Rente bekommen, die knapp über der Grundsicherung liegt. Starke Schultern müssen mehr zur Finanzierung der Staatsaufgaben, der Daseinsvorsorge und der Bewältigung des Klimawandels beitragen. Alle müssen die gleichen Bildungschancen bekommen. Das Gesundheitswesen muss öffentlich zugänglich sein sowie solidarisch und solide finanziert werden.

5. Zeigt Solidarität mit den Schwächsten der Gesellschaft, stärkt die Gewerkschaften. Sagt euren Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker*innen, was ihr als unrecht empfindet und verlangt Stellungnahmen zu konkreten Themen. Lasst sie nicht vier Jahre mit der Wirtschaftslobby alleine, sondern fordert Gesetzesänderungen, die sich positiv auf Arbeitnehmer*innen auswirken. Nur so kann das Mai-Motto »Solidarität ist Zukunft« auch tragen.

WERNER BEHRENS,
Kreisvorsitzender Nienburg

1. Soziale Ungleichheiten, nicht nur die durch die Pandemie entstandenen, müssen beseitigt werden. Ein menschenwürdiges Leben muss möglich sein.
2. Weil wir die politische Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten sind. Weil wir wissen, wovon wir reden.



3. Bezahlbaren Wohnraum schaffen; Rekommunalisierung der Krankenhäuser; Klima schützen.

4. Endlich eine Rente, von der jede*r leben kann. Die neue Mindestrente ist nicht der richtige Weg, er ist nur ein politischer Kompromiss. Stattdessen müssten die Rentenkürzungen wieder abgeschafft und eine gemeinsame Rentenkasse eingeführt werden, in die alle einzahlen.

5. Kommt alle her und zeigt, dass wir solidarisch etwas bewegen können. Die Welt muss von Kriegen, Armut und Chancenungleichheit befreit werden. Wir können es gemeinsam schaffen!

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Region Niedersachsen Mitte
V.i.S.d.P.: Torsten Hannig
Redaktion: Michael Fleischmann,
 info@fleischmann-consult.de
Layout & Satz: Anette Gilke,
 mail@anettegilke.de
Druck: Druckzentrum Braunschweig

DEMOKRATIE
LINKE
GERECHTIGKEIT
POLITISCHE
SOLIDARITÄT
BILDUNG

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NIEDERSACHSEN

www.nds.rosalux.de

Das merk ich mir!

Arbeitsrecht

Mietrecht

Reiserecht

Strafrecht

u. v. m.

Rechtsanwälte
Thannheiser und Koll.

Rühmkorffstraße 18
30163 Hannover

Telefon (0511) 990 490
Telefax (0511) 990 49 50

rechtsanwalt@thannheiser.de

www.thannheiser.de

»Senior*innen brauchen eine eigene Interessenvertretung«

Sprecherin Anne Gerdum über die Arbeit der DGB-Senior*innen in Hannover



MAIZEITUNG: Warum ist es sinnvoll, auch als Rentner*in noch gewerkschaftlich aktiv zu sein?

Anne Gerdum: Im Gegensatz zu früher ist das Rentenalter heute eine eigenständige Lebensphase geworden. Das braucht eine eigene Interessensvertretung. Bei den Gewerkschaften mit ihren sozialpolitischen Forderungen fühlen wir uns gut aufgehoben.

Was machen die DGB-Senior*innen denn so?

Wir machen schwerpunktmäßig Bildungsarbeit. In Nicht-Corona-Zeiten geschieht das mit regelmäßigen Veranstaltungen. Schwerpunkte sind sozialpolitische Themen wie eine bezahlbare gute Pflege, barrierefreies bezahlbares Wohnen und Armut im Alter. Wir haben aber auch internationale Themen: Wie China die Welt verändert oder die Lage der Kurd*innen in Kurdistan sind zwei Beispiele, zu denen wir Veranstaltungen

ANNE GERDUM ist Sprecherin der DGB-Senior*innen in Hannover.

Foto: privat

Wer Interesse an einer Mitarbeit bei den DGB-Senior*innen hat, darf sich gern bei Anne Gerdum melden:
anne.gerdum@htp-tel.de

gen gemacht haben. Selbstverständlich sind wir beim 1. Mai dabei und melden uns am 1. Oktober, dem Tag der älteren Generation, zu Wort.

Viele Mitglieder engagieren sich nebenher auch in der praktischen sozialen Arbeit. Sie machen Rentenberatung oder besuchen Leute im Pflegeheim. Ich selbst war einmal acht Jahre als Streitschlichterin an einer Grundschule tätig.

Sie sind als DGB-Senior*innen auch mit zwei Mitgliedern von IG Metall und ver.di im 13-köpfigen Seniorenbeirat der Landeshauptstadt vertreten. Was machen die dort?

Wir setzen uns momentan für drei Schwerpunkte ein. Einmal das Thema Wohnen. Dazu gehört auch das Wohnumfeld, was man so Quartiersentwicklung nennt. Also die gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie gut erreichbare Ärzte, Apotheken und Lebensmittelgeschäfte. Der zweite Schwerpunkt ist die Frage der Pflege und der Gesundheitsversorgung. Der dritte Schwerpunkt ist die Bekämpfung der Altersarmut.

Stichwort Altersarmut: Kennen Sie aus Ihrer Arbeit Betroffene? Was bedeutet es, im Alter arm zu sein?

Die meisten vereinsamen ziemlich, weil das Geld fehlt, um an irgendwelchen Geselligkeiten teilzunehmen. Einfach mal ins Kino gehen oder sich zum Kaffee verabreden, ist nicht drin. Sie müssen sich überlegen, ob sie Geld für Bus oder Bahn haben, um zu einer Veranstaltung zu fahren. Als wir einmal als DGB-Senior*innen einen Ausflug gemacht haben, wollten wir unser Gepäck am Bahnhof einschließen. Einige konnten den Euro dafür nicht bezahlen, wir haben das dann gemeinschaftlich geregelt. Oder nehmen wir Senior*innen in Pflegeheimen. Ist das

Vermögen aufgebraucht, sind sie sozialhilfeberechtiget. Das bedeutet 105 Euro Taschengeld im Monat. Davon müssen aber der Frisör, die Fußpflege und die Kleidung bezahlt werden. Das Geld reicht hinten und vorne nicht.

Zurück zum Seniorenbeirat: Was wird da ganz konkret gemacht?

Der Seniorenbeirat bildet Arbeitsgruppen, die etwa einen Antrag oder eine Entschließung an die Politik ausarbeiten. So geschehen beim Thema Pflege. Auf unsere Initiative verabschiedete der Beirat eine Entschließung, die der ehemaligen niedersächsischen Sozialministerin Carola Reimann übergeben wurde. Darin werden unter anderem eine paritätisch finanzierte Pflegevollversicherung und mehr Personal in der Pflege gefordert.

Der Beirat hat nur eine beratende

Funktion. Werden seine Forderungen auch umgesetzt?

Das hängt davon ab, mit welcher Vehemenz sich der Seniorenbeirat einbringt – und ob es ihm gelingt, seine Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Was wünschen Sie sich für die zukünftige Arbeit bei den DGB-Senior*innen?

Ich würde mich freuen, wenn wir neue Senior*innen für unsere Sache gewinnen könnten. Wir suchen auch Interessierte, die es sich vorstellen können, auf einer DGB-Liste in Hannover oder im Umland für die Seniorenbeiräte zu kandidieren. Bisher haben von den 21 Städten und Gemeinden in der Region Hannover 11 Kommunen einen Seniorenbeirat, und im Januar kommenden Jahres stehen die Wahlen in Hannover an. ▀



Vor Corona ohne Maske: Die DGB-Senior*innen demonstrieren am 1. Oktober, dem Tag der älteren Generation, für bezahlbaren Wohnraum. Foto: Friedo Weh

Wir sind Eure Bildungspartnerin!



Bildungsurlaub



Aus- und Weiterbildung



Betriebliche Interessenvertretung



Schulabschlüsse



Beratung und Projekte



Deutsch- und Integrationskurse



Politische Bildung & Veranstaltungen

Als Bildungseinrichtung des DGB und der Einzelgewerkschaften begleiten wir in Niedersachsen jedes Jahr über 40.000 Menschen auf ihrem Bildungsweg mit zahlreichen Angeboten der politischen, allgemeinen und beruflichen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Euer Kontakt zu uns:
Arndtstraße 20
30167 Hannover
0511 12105-0
hannover@aul-nds.de
www.aul-nds.de

Arbeit und Leben

NIEDERSACHSEN

„Die Mißachtung des Lebens und die Brutalität gegen den Menschen lassen die Fähigkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit erkennen. – Sie kann und darf kein Mittel irgendeiner Konfliktlösung sein und bleiben.“

Rosa Luxemburg



Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz

Dafür setzen wir uns ein:
www.awo-hannover.de



Pandemie zeigt: »Wir müssen verstärkt in Bildung investieren«

GEW-Landesgeschäftsführer Rüdiger Heitefaut zur Situation an den Schulen

MAIZEITUNG: Wie ist es mit dem Hybrid- oder Wechselunterricht bestellt, bei dem die eine Hälfte der Klasse Präsenzunterricht hat und der andere Teil mit Arbeits- und Aufgabenblättern oder Video zuhause lernt?

Rüdiger Heitefaut: Wechselunterricht ist besser, als nur geschlossene Klassen zu haben. Man ermöglicht Kindern und Jugendlichen, wieder mit Lehrkräften und anderen Schulbeschäftigten sowie mit Freundinnen und Freunden in der Klasse zusammen zu sein.

Wie läuft es für die Schüler*innen, die nur zu Hause lernen?

Homeschooling ist die schlechteste Variante, aber man muss differenzieren. In der Oberstufe oder wenn Kinder und Jugendliche eine gute Ausrüstung zu Hause haben, wo die Eltern und Freunde ihnen helfen können, läuft das ganz gut. Fehlt es in den Schulen dagegen an technischer Ausstattung, und können zu Hause auch die Eltern nicht helfen, werden Kinder und Jugendliche alleine mit Homeschooling von den Lernprozessen abgehängt. Homeschooling sollte es deshalb nur in Form von Wechselunterricht geben.

Was fordert die GEW, um die Belastung für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen beim Homeschooling zu verringern?

Erstens müssen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, ihre Lehrkräfte jederzeit zu erreichen. Zweitens müssen Lehrkräfte auch die Chance haben, den Unterricht gut zu gestalten. Das heißt, es müssen vor allem



Entlastungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte her. Denn sie unterrichten Schülerinnen und Schüler zugleich in den Schulen, im Wechselunterricht und im Homeschooling. Das bedeutet dreimal Unterrichtsvorbereitung und dreimal sich um Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Das ist eine Belastung, die auf Dauer nicht geht.

Viele Lehrer*innen sind schon älter und einem höheren Gesundheitsrisiko durch das Virus ausgesetzt. Was fordert die GEW?

Wir haben immer gefordert, den Gesundheitsschutz genauso gleichwertig zu betrachten,

RÜDIGER HEITEFAUT ist GEW-Landesgeschäftsführer. Foto: GEW

wie das Recht auf Bildung. Leider sind das Land und die Kommunen dieser Forderung nur sehr zögerlich nachgekommen. Wenn der Kultusminister erst nach einem Jahr Pandemie FFP-2- und OP-Masken kostenfrei zur Verfügung stellt, kritisieren wir diese lange Wartezeit. Das Zweite ist die Digitalisierung, die schon vor Jahren versprochen wurde, aber auch nach einem Jahr Pandemie nur in wenigen Schulen umgesetzt ist. Wir hätten uns eine sehr viel schnellere Umsetzung des Digitalpakts gewünscht. Man muss drittens Lehrkräften und anderen Schulbeschäftigten, die zur Risikogruppe gehören, weiter die Möglichkeit einräumen, von zu Hause aus zu arbeiten.

Macht Kultusminister Grant Henrik Tonne (SPD) einen schlechten Job?

Grant Henrik Tonne will Gesundheitsschutz garantieren und trotzdem das Recht auf Bildung für Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Leider haben ihn die Landesregierung und die Kommunen bisher nur unzureichend unterstützt. Nur ein Beispiel: Wenn ein Minister ein halbes Jahr braucht, um bei einem Corona-Sondervermögen von insgesamt acht Milliarden Euro nur 45 Millionen Euro für notwendige Maßnahmen an den Schulen zu akquirieren, dann scheint bei vielen seiner Amtskolleginnen und -kollegen noch nicht angekommen zu sein, dass man in Schule und Bildung verstärkt investieren muss.

Das Virus hat die Schulpraxis völlig verändert. Wäre es da nicht angebracht, auch an Lernstoff und Benotung etwas zu ändern?

Wir haben gefordert, zumindest in der Pandemie Abschlussprüfungen und Benotungen anders zu handhaben als bisher. Leider ist das Kultusministerium unserem und dem Anliegen der Schülerinnen und Schüler nicht gefolgt, die Prüfungen auszusetzen. Bis auf das Abitur, weil das eine bundesweite Angelegenheit ist, hätte man alle anderen Prüfungen unter Corona-Bedingungen anders gestalten können: Sei es durch andere Möglichkeiten, die Leistungserbringung zu gewährleisten oder einfach zu sagen: Wir gucken uns die Leistung insgesamt an und benoten dann. Schülerinnen und Schüler sind einer extremen Situation ausgesetzt. Jetzt noch versuchen, einen normalen Prüfungszyklus herzustellen, das ist für uns ein falscher Weg und auch ein Versuch, etwas vorzuspielen, was in Schulen nicht da ist: Normalität.

Sollte man die Benotung aussetzen?

Man sollte gucken, welche Leistung die Schülerinnen und Schüler unter den verschiedenen Lernmodellen erbracht haben: sei es Hybridunterricht, Homeschooling oder teilweise gar kein Unterricht. Aber eine Benotung nach normalen Maßstäben der vergangenen Jahre zu machen, ist völlig fehl am Platz.

Eine weitere Lehre aus der Pandemie?

Corona hat gezeigt, wie unterfinanziert das Bildungssystem in Niedersachsen ist. Defizite bei Digitalisierung und personeller Ausstattung gab es schon vorher, sie sind jetzt aber deutlicher hervorgetreten. Wir brauchen einen Zukunftsplan Bildung mit insgesamt erhöhten und verstetigten öffentlichen Investitionen. ▀

Geschichtstafel am alten Gewerkschaftshaus

Seit wenigen Tagen informiert eine Tafel am Haus Goseriede 4 (früher: Nikolaistraße 7) über die Geschichte des Gebäudes. Es wurde im Jahr 1910 als Gewerkschaftshaus errichtet und war mit dem Volksheim in der Nikolaistraße 10 sowie dem Haus in der Odeonstraße 15/16 bis 1933 ein zentraler Ort der hannoverschen Arbeiterbewegung. Jahrelange Bemühungen des DGB-Stadtverbandsvorstands und historische Forschungen sind abgeschlossen. Die Gedenktafel des DGB zur Erinnerung an die Besetzung des Gewerkschaftshauses steht seit 2021 in den ver.di-Höfen.

Gewerkschaftshaus Nikolaistraße 7

Dieses Gebäude wurde 1910 als »Gewerkschaftshaus« errichtet: das neue Zentrum der aufstrebenden Arbeiterbewegung.

Hier hatten die freien Gewerkschaften und die SPD ihre Büros, ebenso das Arbeitersekretariat, die Arbeiterwohlfahrt und die Freie Volksbühne. Hier waren Redaktion und Druckerei der Tageszeitung »Volkswille«



Im Gewerkschaftshaus Odeonstraße 15/16: Fremdenheim, ADGB (Bezirkskartell) und Gewerkschaft der Buchbinder, Arbeitersamariterbund und Arbeiterwohlfahrt, Sporthaus »Frisch Auf«, Reichsbanner, SPD und Sozialistische Arbeiterjugend.

untergebracht, die Zentralbibliothek und die Volksbuchhandlung, das Kartell für Sport- und Körperpflege und das Sporthaus »Frisch Auf«, Restaurationen und eine Herberge.

Der Bau des Hauses wurde durch eine Umlage von allen Gewerkschaftsmitgliedern in Hannover und Linden finanziert: ein Zeichen der Solidarität. Ein Wandspruch im Eingang lautete: »Schwellende Kraft und Selbstvertrau'n / Ließ uns dies stolze Haus erbauen!«



Im Gewerkschaftshaus Nikolaistraße 7, heute Goseriede 4, Tiedt-Hof: Hotel und Restaurant, ADGB und Gewerkschaften der Bekleidungsarbeiter, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Hotel- und Caféangestellten, Maler und Lackierer, Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter, Nahrungs- und Getränkearbeiter, Tabakarbeiter, Zimmerer; Baugewerksbund, Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, Beamtenbund, Jugendkartell, »Volkswille«: Verlag, Redaktion und Druckerei; Volksfürsorge, Zentralbibliothek, Büchergilde, Volksbuchhandlung, Arbeitersängerbund, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Alle Angaben nach dem Stand von 1932.

Abbildungen aus »Das Haus der Arbeit« (2), Historisches Museum Hannover (1), SPD-Bezirk Hannover (1), Privatarchiv R. Ballhause, Plauen (1).



Setzerei der Tageszeitung »Volkswille«.

Volksheim

1919 wurde das benachbarte »Kriegerheim« erworben und als »Volksheim« mit Saal und Versammlungsräumen umgewidmet. Ende 1921 organisierten die hannoverschen Gewerkschaften 100.000 Mitglieder. Gewerkschaftshaus und Volksheim wurden erweitert und ausgebaut.

»Gewerkschaftshaus und Volksheim dienen der sozialen Fürsorge, der geistigen



Das Volksheim in der Nikolaistraße 10 beherbergte Restaurant, Versammlungsräume und Säle, Gewerkschaften der Textilarbeiter und Eisenbahner, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Hebung, der kulturellen Förderung und den materiellen Interessen der werktätigen Bevölkerung von Hannover und Umgegend.« (Das Haus der Arbeit, um 1930)

Besetzung des Gewerkschaftshauses

Am 1. April 1933 wurde das Gewerkschaftshaus von den Nationalsozialisten besetzt. Bewaffnete SS-Männer stürmten das Haus, verhafteten Funktionäre von Gewerkschaften und SPD, demolierten die Einrichtung, verbrannten die Fahnen und raubten die Kasse.



SS-Männer verbrennen Fahnen der Gewerkschaften und die Schwarz-Rot-Goldene Fahne der Weimarer Republik.

Die Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten war eine schwere Niederlage der hannoverschen Arbeiterbewegung. Sie markierte das Ende einer Politik, die Nationalsozialisten mit gesetzmäßigen, friedlichen und parlamentarischen Mitteln auf ihrem Weg in Diktatur, Terrorherrschaft und Krieg aufzuhalten.

Nach dem Überfall blieb das Gewerkschaftshaus dauerhaft besetzt. Im Mai 1933 übernahm die nationalsozialistische »Deutsche Arbeitsfront« das Gebäude, bis 1945.

Im Juni 1953 weihte der DGB das neue Gewerkschaftshaus am Klagesmarkt ein. Die Textilfirma Konrad Tiedt & Co. übernahm das Haus Nikolaistraße 7 (heute: Tiedt-Hof). ▀ Dr. Peter Schulze